Energiewirtschaft in der Bundesrepublik Seite 3

1 H 3752 CX

Erscheint wöchentlich freitags

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

Nr. 32 vom 10. August 1979 13. Jahrgang 1 DM

1979: 10 Prozent Reallohneinbuße?

Teuerung drückt den Lebensstandard

Im August wird die offizielle Teuerungsrate die 5-Prozent-Marke übersteigen. In den Bundesländern Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen lag sie bereits im Juli bei 4,7 Prozent; in Hessen sogar bei 4,8 Prozent. Und die Preissteigerungen gehen unvermindert weiter!

Die Lohnerhöhungen aus der vergangenen Tarifrunde bewegen sich dagegen im Durchschnitt nur bei etwa 4 Prozent. Schon diese Zahlen zeigen, daß die Reallöhne inzwischen gesunken sind. Allerdings verwischen sie andererseits das Ausmaß der Senkung, denn die offiziellen Angaben über die Teuerung täuschen über die wahre Steigerung der Lebenshaltungskosten hinweg.

Bedenken wir nur, daß ein so wichtiges Grundnahrungsmittel wie die Kartoffel im vergangenen Juni ungefähr doppelt so viel kostete wie ein Jahr davor. Die Heizölpreise haben sich allein in den vergangenen acht Monaten verdoppelt. Nur steht den meisten Heizölverbrauchern das dicke Ende in Form der Heizkostenabrechnung noch bevor.

Offizielle Schätzungen besagen, daß Arbeitnehmerhaushalte, die ein Eigenheim bewohnen und ein mittleres Einkommen beziehen, in diesem Jahr etwa 800 Mark mehr für Heizöl ausgeben müssen als im vergangenen Jahr (siehe Tabelle). Auch der Benzinpreis ist in den letzten 12 Monaten um rund 30 Prozent gestiegen.





Schon jetzt zeichnet sich ab, daß ohne eine zwischenzeitliche Lohnerhöhung die Arbeiterhaushalte gegen Ende des laufenden Jahres höchstens noch über 90 Prozent des Realeinkommens verfügen, das sie noch an der Jahreswende 78/79 hatten. Die Summe, die die Ölmultis, Großbanken und verschiedene Konzerne dem arbeitenden Volk durch den Preiswucher aus der Tasche ziehen, beläuft sich allein im laufenden Jahr auf viele Milliarden Mark.

Diese Milliarden raffen sie als Extraprofit. Sie benutzen ihn hauptsächlich zur Rationalisierung, also zur Vernichtung von Arbeitsplätzen.

Die Arbeiterschaft muß sich gegen die Senkung ihres Lebensstandards entschlossen zur Wehr setzen. Daß man sich dabei nicht auf die DGB-Führung stützen kann, sollte inzwischen allen klar geworden sein. Der Kampf in den Betrieben und an der gewerkschaftlichen Basis für die Entfachung einer machtvollen Streikbewegung zur Durchsetzung eines Nachschlag muß also weitergetrieben werden.



Am 1. September 1939 entfesselte Hitler mit dem Überfall auf Polen den zweiten Weltkrieg. Dieser Krieg brachte unvorstellbares Elend, Tod und Zerstörung über die ganze Menschheit. (Unser Bild zeigt Berlin in den ersten Nachkriegswochen). Anläßlich des 40. Jahrestages des Kriegsbeginns führt die KPD/ML unter der Parole "Nie wieder Krieg! Nie wieder Faschismus!" zahlreiche Veranstaltungen durch (siehe S. 8).

Protest melden diese Stuttgarter Schüler an. Kurz vor dem Beginn der Sommerferien nämlich hatte das Kultusministerium einen Überraschungsangriff auf die ohnehin unzureichende Bildungsqualität gestartet. Ministerialdirigent Seifert hatte 1800 jungen Lehrern mitgeteilt, daß „Ihr Arbeitsverhältnis (...) mit Wirkung vom 31. Juli endet". Daraufhin sammelten empörte Eltern Unterschriften, Schüler verfaßten Protestresolutionen, Lehrer riefen zu Solidaritätsdemonstrationen auf. Betroffen sind nicht nur die von Arbeitslosigkeit bedrohten Lehrer, betroffen sind auch die Schüler und ihre Eltern.

Das Heer der Arbeitslosen wächst

Jugendarbeitslosigkeit um 21 Prozent gestiegen

Die offizielle Arbeitslosenquote ist auf 3,5 Prozent angestiegen. Das geht aus den monatlichen Verlautbarungen der Bundesanstalt für Arbeit hervor. In Zahlen ausgedrückt bedeutet das eine Vergrößerung des Arbeitslosenheeres um 40480. Insgesamt sind damit nach offiziellen Angaben 803635 Menschen arbeitslos. Überdurchschnittlich stark stieg die Jugendarbeitslosigkeit. Rund 58000 Jugendliche sind arbeitslos gemeldet, das sind 21,5 Prozent mehr als im Vormonat. Gerade bei den Jugendlichen ist die Zahl der nicht erfaßten Arbeitslosen besonders hoch, denn fast 124000 junge Menschen sind länger als ein Jahr ohne Arbeit.

Hatten uns bislang Regierungsstellen immer wieder weismachen wollen, daß bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit notwendigerweise die Preise davongaloppieren bzw. bei der Bekämpfung der Inflation die Arbeitslosenquote in die Höhe schnellt, so sehen wir uns heute einer Situation gegenüber, wo sowohl die Arbeitslosenquote als auch die Preise enorm ansteigen.

Allein im Bereich des AEG-Telefunken-Konzerns werden in diesem Jahr noch 15000 Arbeitsplätze vernichtet, und die Automobilindustrie, die bislang von Massenentlassungen verschont blieb, schlittert zusehends in die Krise. Während der Lebensstandard der arbeitenden Bevölkerung immer mehr abnimmt, explodierten die Gewinne der westdeutschen Banken und Konzerne wie selten zuvor.

Streik in Ungarn

Wie jetzt bekannt wurde, haben die ungarischen Werktätigen die drastischen Preissteigerungen nicht widerstandslos hingenommen. In Csepel, Bezirk Budapest, wo sich das ungarische Metallindustriezentrum befindet, sind einige zehntausend Arbeiter für einen Tag in den Streik getreten. Auslösender Faktor waren Verhaftungen von sogenannten Rädelsführern, die aber im Verlauf des Streiks wieder freigekämpft wurden.

(Zu den Preiserhöhungen in Osteuropa siehe auch Artikel auf Seite 10).

Nachschlagsforderung auch auf den Zechen

Inzwischen greift die Nachschlagsbewegung auch in den Steinkohlenzechen im Ruhrbergbau um sich. Der Vorstand der Ortsgruppe Oberbecker der IG Bergbau und Energie sowie 60 Vertrauensleute auf der Zeche "Ewald" forderten eine Teuerungszulage. (Siehe auch Seite 4).

USA 46 000 Automobilarbeiter entlassen!

Mit den 12600 Entlassungen, die General Motors in der letzten Woche durchführte, sind es nun insgesamt über 46000 Arbeiter, die in den letzten Wochen von den amerikanischen Automonopolen entlassen wurden.

Der Kampf um die Profite auf dem Rücken der Arbeiter wird immer schärfer ausgetragen. Die Halden nichtverkaufter amerikanischer Straßenkreuzer wachsen ins Unermeßliche. Heute stehen schon 300000 Autos mehr auf Halde als vor einem Jahr. Bereits ganz offen verlangen die Bosse des Chrysler-Konzerns vom amerikanischen Staat Steuergelder, um ihre Gewinne zu machen. Sie drohen mit der Schließung ganzer Werke, mit mindestens 60000 Entlassungen.

General Motors wird statt der geplanten absoluten Rekordzahl von 11,5 Millionen Autos dieses Jahr fast drei Millionen Autos weniger verkaufen. Weitere Entlassungen sind angekündigt. Gleichzeitig erhöhte sich der Anteil ausländischer Autos in USA innerhalb eines Jahres von 16 auf 25 Prozent.

Der Gegenschlag der amerikanischen Autoganten erfolgt weltweit, auch in Europa. Dazu dienen zum Beispiel die ungeheuren Investitionen der GM in Spanien, Österreich und anderen Ländern.

Auch in der Bundesrepublik, wo sich mit dem Rückgang der Bestellungszuwachsraten ein Niedergehen der Autokonjunktur anzeigt, wird die Konkurrenz der deutschen und amerikanischen Monopole verschärft zu Lasten der Arbeiter ausgetragen werden.



Das Millionenheer der Arbeitslosen in den USA wird durch den Entlassungsfeldzug der Automonopole weiter vergrößert. Nach offiziellen Schätzungen können bis Ende des Jahres allein über 150000 Autoarbeiter erwerbslos sein.

Kommentar

Offensichtlich sollte es als schaurige Lehre wirken: Hatte der normale Zeitgenosse bisher angenommen, die Vergiftung der Umwelt à la Seveso, die Gefährdung von Tausenden von Menschen durch Chemikalien usw. würde durch die kapitalistische Profitwirtschaft verursacht, so mußte er sich jetzt eines Besseren belehren lassen.

Bewaffnung für den Bürgerkrieg

Terroristen sind es, die „einen Angriff aus der Luft (3 Hubschrauber) auf ein im nordwestlichen Niedersachsen gelegenes chemisches Werk (Werk X) mit hochbrisanten Bomben und Bordwaffen“ planten und so eine unabwendbar scheinende Gefahr für die werktätige Bevölkerung heraufbeschworen. Und wenn sich dann erweist, daß die „Angreifer“ nicht mit „normaler“ Polizeibewaffnung, Maschinenpistolen und Gewehre, wirkungsvoll getroffen werden können, sondern nur mit Maschinengewehren, dann kann man ja nur noch fordern, daß die Polizei doch bitte mit diesen Waffen ausgerüstet wird, um die schutzlose Bevölkerung vor einer solchen Bedrohung zu schützen.

Den hier angeführten „fiktiven Situationsbericht“ ließ das niedersächsische Innenministerium anfertigen, um die geplante Ausrüstung der Polizei in diesem Bundesland mit Maschinengewehren zu rechtfertigen. Mit einer weiteren „fiktiven Situation“, dem regelmäßig alle halbe Stunde einsetzenden Raketenfeuer auf Schulen und Krankenhäuser, um eine Handvoll „Terroristen“ aus dem Gefängnis freizupressen, will das niedersächsische Innenministerium die Notwendigkeit begründen, der Polizei auch Handgranaten an die Hand zu geben.

Dümmer konnte wohl der Versuch nicht ausfallen, das neue niedersächsische „Gesetz über die öffentliche Sicherheit und Ordnung“ populär zu machen, das die Ausrüstung der Polizei mit Maschinengewehren und Handgranaten vorsieht. Aber man braucht sich nur die Tatsachen vor Augen zu führen, um zu sehen, wofür diese Ausrüstung der Polizei mit schweren Waffen gedacht ist. Tatsache ist, daß die Polizei aller Bundesländer, und auch in Niedersachsen, den Einsatz gegen Demonstranten und Fabrikbesetzungen übt. Gerade auch in Niedersachsen werden seit Jahren von der Polizei regelmäßig sogenannte Verbandsübungen durchgeführt, bei denen der Einsatz geschlossener Verbände gegen „Angreifer“ geübt wird. Tatsache ist weiterhin, daß die Polizei in zunehmendem Maße gegen streikende Arbeiter eingesetzt wird. So zum Beispiel beim Druckerstreik 1976, wo die Polizei durch ein brutales Vorgehen den Streik zu brechen versuchte. Das alles sind keine „fiktiven Situationsschilderungen“, sondern tatsächliche Übungen und Einsätze der Polizei.

Weiterhin muß die Tatsache zu denken geben, daß ähnliche Gesetze wie das neue niedersächsische Gesetz auch schon in den Bundesländern Bayern, Rheinland-Pfalz, Saarland, Nordrhein-Westfalen sowie Westberlin als Entwurf vorgelegt, verabschiedet oder sogar, wie in Bayern, schon in Kraft getreten sind. Nach den Richtlinien der Länderinnenministerkonferenz für ein einheitliches Polizeigesetz soll im gesamten Bundesgebiet die Polizei mit Maschinengewehren und Handgranaten ausgerüstet werden sowie das Recht auf den „Todesschuß“ bekommen.

Diese Tatsachen lassen klar erkennen, was der Sinn des niedersächsischen Gesetzes ist: Die Polizei bereitet sich auf eine Phase schwerer Kämpfe der Werktätigen gegen diesen Staat vor. Gerade im Hinblick auf die Tatsache, daß die Vertreter der herrschenden Klasse für die achtziger Jahre eine schwere Krise heraufziehen sehen und mit der Kanzlerkandidatur eines F.J. Strauß den Weg zur faschistischen Machtergreifung frei machen wollen, läßt befürchten, daß auch die Bestrebungen zum Ausbau der Polizei zum Bürgerkriegsinstrument weiter beschleunigt werden. Natürlich ist diese Funktion der Polizei als Bürgerkriegstruppe niemandem neu. Schon seit Kriegsende lagern die schweren Waffen wie Handgranaten und Maschinengewehre in den Arsenalen der Länderpolizeien — eingemottet. Jetzt aber soll die Polizei wieder an ihnen ausgebildet werden. Das allein zeigt, für wie gefährlich die Kapitalistenklasse die Situation hält.

Aus dem Inhalt

Herausgeber: ZK der KPD/ML
Verlag Roter Morgen GmbH, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Bestellungen an Vertrieb, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Postscheckkonto Nr. 79 600 — 461, Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 000 290 (Verlag Roter Morgen), Telefon: 0231 / 43 36 91 und 43 36 92. Verantwortlicher Redakteur: Detlef Schneider, Dortmund. Druck: Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 1 DM. Abonnement: 60 DM für 1 Jahr, 30 DM für 1/2 Jahr. Die jeweilige Abonnementsgebühr wird mit Erhalt der ersten Lieferung per Nachnahme eingezogen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um die entsprechende Laufzeit, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird. Kündigungen, die nach dieser Frist eingehen, werden nicht berücksichtigt. Ausgenommen sind Geschenkabonnements.

Ehemaliger SAVAK-Agent bestätigt Zusammenarbeit mit Verfassungsschutz

Nollau und der Perserteppich

In der letzten Woche kamen neue Tatsachen ans Licht, die erneut die verbrecherische Zusammenarbeit zwischen dem Schah-Geheimdienst SAVAK und dem westdeutschen Verfassungsschutz beweisen.

Als im April dieses Jahres die Räume der Bonner Botschaft des Irans von einem Beauftragten der neuen persischen Regierung durchsucht wurden, kam bemerkenswertes Material zutage. Im dritten Stock des Hauses fand sich ein ganzes Arsenal von technisch perfekten Spionagematerial; Spezialkameras, Geräte zur Herstellung von Schlüsselabdrücken und eine leistungsfähige Sendeanlage, um mit Teheran Kontakt aufzunehmen. Dies alles diente dazu, oppositionelle Iraner den Henkern des Schahs auszuliefern; dies alles konnte nur mit der ausdrücklichen Billigung der westdeutschen Stellen geschehen.

Während der Bonner Staat hierzulande Gesetze gegen sogenannte kriminelle Vereinigungen fabriziert, während er Pogromhetze gegen sogenannte Sympathisanten des Terrorismus betreibt, macht er sich selber eines schweren Verbrechens schuldig. Die Bonner Herren haben mit der kriminellen Vereinigung SAVAK zusammengearbeitet, haben ihren Aufbau unterstützt und sind damit für zahlreiche Morde mitverantwortlich.

Letzte Woche trat im westdeutschen Fernsehen ein ehemaliger SAVAK-Agent auf, der die Komplizenschaft zwischen SAVAK und Verfassungsschutz voll bestätigte: "Die Zusammenarbeit mit der deutschen Stelle, besser gesagt mit dem Verfassungsschutz, verlief meiner Meinung nach gut. Es gab Verbindungsmänner vom Verfassungsschutz, die mit den hauptamtlichen Agenten immer Kontakt hatten." Ferner bestätigte er, daß der Verfassungsschutz dem SAVAK Adressen von oppositionellen Iranern übermittelt hat.

Neuesten Informationen zufolge soll der ehemalige Chef des Verfassungsschutzes, Nollau, sogar mit einem Perserteppich für die Zusammenarbeit belohnt worden sein, eine Zusammenarbeit, die selbst nach westdeutschem Strafrecht mit Gefängnis bedroht ist.

Da heißt es nämlich im Paragrafen 241a unter dem Stichwort „politische Verdächtigungen“: „Wer einen anderen durch eine Anzeige oder eine Verdächtigung der Gefahr aussetzt, aus politischen Gründen verfolgt zu werden (...), wird wegen politischer Verdächtigung mit Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren bestraft“. In Absatz 2 heißt es: **„Ebenso wird bestraft, wer eine Mitteilung über einen anderen macht (...) und ihn dadurch der (...) Gefahr einer politischen Verfolgung aussetzt.“** Absatz 3 stellt dann fest, daß schon der Versuch strafbar ist.

Doch bis heute hat sich weder ein Richter noch ein Staatsanwalt gefunden, der aufgrund des geltenden westdeutschen Strafrechts gegen SAVAK-Agenten, Verfassungsschützer und ihren obersten Dienstherrn, den Innenminister, vorgeht. Im Gegenteil, die Betroffenen der Bespitzelung, die Opfer der verbrecherischen Zusammenarbeit von Verfassungsschutz und SAVAK sitzen im Gefängnis.

Die Steuerkasse als Selbstbedienungsladen

Strauß will als Kanzler „Airbus“-Schulden erlassen

Vorletzten Sonntag erklärte der Kanzlerkandidat der CDU/CSU Strauß im ZDF, daß er sich im Falle eines Wahlsieges dafür einsetzen werde, die von der Bundesregierung für die „Airbus“-Produktion vorgestreckten Mittel nicht zurückzuverlangen.

Gegenwärtig betreibt die „Airbus AG“ eine äußerst lukrativen Handel mit den gleichnamigen Großraumflugzeugen und ist für die nächsten Jahre mit Aufträgen aus aller Welt eingedeckt. Der Vorwand der wirtschaftlichen Schwierigkeiten, der oft bei staatlichen Stützungsaktionen für die Monopole herhalten muß, ist hier nicht gegeben. Auch die Tatsache, daß Franz Josef Strauß Aufsichtsratsvorsitzender der „Airbus AG“ ist, ist zwar für seine Forderung bedeutsam, klärt den Sachverhalt aber nicht restlos.

Die Aktien der „Airbus AG“ haben sich zwei Rüstungskonzerne untereinander aufgeteilt; Messerschmidt Bölkow Blohm (MBB), wo die Bayrische Staatsregierung mit 22,97 Prozent beteiligt ist, hält 65 Prozent, die Vereinigten Flugzeugwerke (VFW) die restlichen 35.

MBB ist einer der größten Rüstungskonzerne Westdeutschlands. Zur Zeit managt die Bundesregierung den Zusammenschluß von MBB und VFW (siehe auch RM Nr. 4 Jg. 79). Die erlassenen „Airbus“-Schulden sind dann sozusagen das Schmiergeld für die Fusion. Staatssekretär Martin Grüner vom Wirtschaftsministerium wies zunächst dies Ansinnen zurück. Offenbar ist es ihm peinlich, die Staatskasse in aller Öffentlichkeit als Selbstbedienungsladen der Monopole erscheinen zu lassen. Strauß, der gemeinsam mit der Bundesregierung für die Fusion eintritt, hat da weniger Skrupel, wie er im ZDF unter Beweis stellte.

Gewinne stiegen im Schnitt um 58 Prozent

Ölmultis scheffeln Milliarden Extraprofit

Wie viele Milliarden Dollars die Ölmultis in den vergangenen Monaten an Extraprofiten scheffeln konnten, ist nicht so leicht auszumachen. Die Rockefeller und Konsorten möchten nicht, daß das arbeitende Volk ihnen in die Kasse sehen kann. Denn in diesen Kassen türmen sich die Gewinne zu solch schwindelnden Höhen, daß dies im Volk Unruhe und Empörung hervorrufen muß.

Es genügt aber auch schon, jene Zahlen zu kennen, die trotz der Verschleierung bekannt werden. Eine Untersuchung bei 20 von den größten Ölkonzernen der USA ergab, daß die Gewinne dieser Firmen innerhalb der vergangenen 12 Monate durchschnittlich um 58 Prozent gestiegen sind.

Der größte Ölmulti der Welt, die Exxon (Esso), verzeichnet allein im letzten halben Jahr eine Gewinnsteigerung von ca. 30 Prozent. Der von den Exxon-Bossen nach außen hin zugegebene Gewinn, der natürlich total heruntergespielt ist, beläuft sich allein für dieses halbe Jahr auf 1,39 Milliarden Dollar. Bei anderen US-Mineralölkonzernen ist die Gewinnexplosion zum Teil sogar noch gewaltiger. In den vergangenen 12 Monaten verzeichnet die Shell Oil eine Profitsteigerung von 55 Prozent, die Gulf Oil von 65, die Texaco sogar von 132 Prozent.

Diese märchenhaften Gewinnsteigerungen stammen hauptsächlich von den ausländischen Tochtergesellschaften der US-Ölmultis. Und zwar zu einem beträchtlichen Teil aus der Bundesrepublik. Milliarden an DM haben die Esso, Texaco, Shell usw. in diesem Jahr schon nach den USA zu ihren Muttergesellschaften transferiert.

Die Milliarden an Extraprofiten in den Kassen der Exxon, Shell usw. entlarven die Lügenpropaganda, für die Wucherpreise bei Heizöl und Benzin seien die OPEC-Länder verantwortlich. In Wirklichkeit sind die Preiserhöhungen der OPEC-Länder für das Rohöl gegenüber der Preisexplosion bei Heizöl und Benzin verschwindend gering. So lag im Juni dieses Jahres der OPEC-Grundpreis pro Barrel Rohöl, das heißt für 159 Liter, um weniger als zwei Dollar höher als im Juni des vergangenen Jahres. Im gleichen Zeitraum mußte der Bundesbürger jedoch beim Heizöl eine Preiserhöhung von fast 100 Prozent hinnehmen.

Inzwischen geht der Rohölpreis auf dem Rotterdamer Ölmarkt leicht zurück. Trotzdem haben die Mineralölkonzerne in der Bundesrepublik noch vor kurzem die Benzinpreise um 5 Pfennig pro Liter hochgetrieben. Auch das Bundeskartellamt kam nicht umhin, die Preistreibereien der Mineralölkapitalisten als „ungerechtfertigt“ zu bezeichnen. Aber es fällt der Regierung in Bonn nicht im Traum ein, in irgendeiner Weise gegen die Raubzüge der Ölmultis vorzugehen. Die Bonner Regierung unterstützt faktisch den Preisterror der Ölmultis. Gleichzeitig versäumt sie keine Gelegenheit, um vor den Nachschlagsforderungen der Arbeiter zu „warnen“.

Bonn erlaubt Hitlers „Mein Kampf“

Der Bundesgerichtshof hat in einem Urteil festgestellt, daß der öffentliche Vertrieb und jetzt sogar der Nachdruck des Hitler-Buches „Mein Kampf“ erlaubt sei. Die Begründung dieses Urteils: Die Schrift sei vor der Gründung der Bundesrepublik verfaßt worden und könne sich daher gar nicht konkret gegen die verfassungsmäßige Ordnung der Bundesrepublik richten! Das ist ein Freibrief für die öffentliche Propagierung der gesamten Nazi-faschistischen Hetzpropaganda-Mittel. Denn sie alle wurden „vor Gründung der Bundesrepublik“ verfaßt.

Säuglingssterblichkeit alarmierend hoch

Nach jüngsten Untersuchungen des Bundesfamilienministeriums ist die Säuglingssterblichkeit in der Bundesrepublik nach wie vor alarmierend hoch und entspricht in keiner Weise dem hohen medizinisch-technischen Wissensstand. Die Bundesrepublik nimmt mit 15,3 totgeborenen oder im ersten Lebensjahr gestorbenen Kindern (auf 1 000 Entbindungen gerechnet) unter 22 europäischen Ländern den 12. Platz ein.

Rekordverschuldung

Die Bundesbank erwartet für 1979 einen Anstieg der öffentlichen Schulden um 50 Milliarden auf 420 Milliarden Mark. Damit hat die Verschuldung der öffentlichen Hand den höchsten Wert in der deutschen Nachkriegsgeschichte erreicht. Ein Teil des vom Staat geliehenen Geldes fließt in die Kassen der Konzerne, die damit die Arbeitsplatzvernichtung finanzieren, ein anderer Teil wird in die Rüstungsproduktion gepumpt.

Todenhöfer fordert Eingreiftruppe

Wenn es nach dem CDU-Abgeordneten Todenhöfer ginge, würden schon morgen westdeutsche Soldaten zur Intervention am Persischen Golf abkommandiert. Todenhöfer beklagt, man habe die USA-Imperialisten bisher bei den Überlegungen um eine Eingreiftruppe sträflich allein gelassen, was im übrigen gar nicht richtig ist. Die französischen Imperialisten haben längst eine größere Anzahl von Kriegsschiffen zum Persischen Golf geschickt. Offensichtlich befürchtet Todenhöfer, der westdeutsche Imperialismus käme bei einer etwaigen militärischen Auseinandersetzung um die Ölquellen zu kurz. Von deutschem Boden ging schon zweimal ein Weltkrieg mit furchtbaren Folgen aus. Leute wie Todenhöfer würden bedenkenlos einen dritten riskieren.

Berichtigung

Bei der Veröffentlichung der Gemeinsamen Erklärung zum Stalin-Jahr sind uns zwei Fehler unterlaufen. Es muß heißen „Kommunistische Organisation Angolas“ und nicht „Kommunistische Partei Angolas“. Und unsere Bruderpartei in Portugal heißt „Portugiesische Kommunistische Partei (Wiederaufgebaut“ und nicht „Kommunistische Partei Portugals (Wiederaufgebaut)“.

Energiewirtschaft in der Bundesrepublik

Im ersten Teil unserer Serie hatten wir gezeigt, wie aus der Profitjagd der Monopole ein weltweiter Feldzug gegen die Kohle wurde, an dem sich die Ölmultis als führende Kraft beteiligt hatten. Die nach wie vor ungebrochene Macht der Multis war das Thema des zweiten Teils gewesen. Daß sich diese

Serie Energiekrise und Imperialismus

Entwicklung im internationalen Rahmen in der Bundesrepublik getreulich widerspiegelt, daß auch hier die Ölmultis eine wichtige Rolle gespielt haben, werden wir im folgenden beweisen.



Stillgelegte Zeche

Der weltweite Feldzug gegen die Kohlenzechen hat sich in der Bundesrepublik besonders scharf ausgewirkt. Ein Blick auf die Verteilung der Energieträger zeigt das. Es wurden zum Gesamtaufkommen benutzt:

Jahr	Öl	Steinkohle	Erdgas
1950	10%	74%	0%
1965	45%	38%	3%
1976	53%	19%	14%
1978	53%	18%	15%

das Restaufkommen leisteten 1978 9 Prozent Braunkohle, 3% Kernkraft und 2% Wasserkraft.

Einen höheren Grad an Abhängigkeit von Erdöl hat nur noch Japan mit 76 Prozent, das allerdings fast gar keine einheimischen Rohstoffe besitzt. Die 25jährige Liquidierungskampagne von Steinkohlenzechen, die immer noch fortgesetzt wird, hat zum Ergebnis die sehr starke Abhängigkeit der deutschen Energiewirtschaft von ausländischen Rohstoffen. Denn nur knappe 5 Prozent des verbrauchten Erdöls und weniger als 30 Prozent des verbrauchten Erdgases werden im Inland gefördert. Und auch diese Förderung ist in den Händen der Ölmonopole. Dagegen wurden im letzten Jahr 80 Millionen Tonnen Steinkohle und 120 Millionen Tonnen Braunkohle gefördert. Bei nationalen Kohlevorräten von über 230 Milliarden Tonnen (UNO Statistical Yearbook 1970) ist ersichtlich, daß es sich keinesfalls darum handelt, daß die Kohle knapp wurde.

Die Profitjäger

Wie bei allen anderen kapitalistischen Monopolen auch, ist es das Ziel der bundesdeutschen Energiemonopole, den Umsatz, und damit den Profit zu erhöhen. Einige Beispiele ihrer Unternehmensstrategie zeigen das.

So erhöhte die westdeutsche Elektrizitätswirtschaft von 1974 bis 1978 ihre Kapazitäten um 35 Prozent, während der tatsächliche Bedarf nur um 15 Prozent anstieg, weshalb eine starke Werbekampagne für Strom organisiert werden mußte, der Auslastungsgrad der E-Werke sank. (Energiewirtschaftsbericht der Bundesregierung 1977). Mit dem Überangebot an Erdöl, das in denselben Jahren bestand, wurden auch die Kapazitäten der westdeutschen Raffinerien zu groß. Sie waren in dieser Zeit durchschnittlich zu nur 66 Prozent ausgelastet. Mehrere wurden geschlossen, Kurzarbeit durchgeführt.

Die Rolle, die die Energiemonopole spielen, geht auch deutlich aus dem Vergleich mit anderen Branchen der Wirtschaft hervor. Von den 50 umsatzgrößten Betrieben der Bundesrepublik sind 12, von den hundert umsatzgrößten Betrieben sind 22 aus der Energiebranche. 1976 und 1977 machten diese Betriebe einen Gesamtumsatz von über 105 Milliarden Mark und über 4 Milliarden Mark Profit. Sechs der zwölf größten Energiebetriebe sind Ölmultis.

Die Rolle der anglo-amerikanischen Ölmonopole in der Energiewirtschaft ist, entsprechend der Bedeutung von Erdöl und Erdgas, sehr groß. Sie halten zwar offiziell beim Verkauf von Benzin nur einen Marktanteil von knapp 40 Prozent, aber ihr Einfluß auf kleinere Firmen und ihr wachsender Einfluß auf die Aral AG führen dazu, daß ihr wirklicher Anteil am Benzinhandel zwei Drittel ausmacht.

Ebenso beim leichten Heizöl. Auch dort liegt der offizielle Marktanteil knapp über 40 Prozent. Dieser Anteil ist aber erst in diesem Jahr hochgeschraubt worden durch den Gelsenbergverkauf von VEBA an die BP, wodurch große Mineralölhandlungen in ihren Besitz gelangten, so daß sie auch hier weit über die Hälfte des Marktes beherrschen. Dieser Verkauf von 800 Millionen Mark der VEBA an die BP hatte große Aufmerksamkeit erregt. Gegen den anfänglichen Widerstand der Bundesregierung, mit offener Erpressung durch die BP, wurde er durchgesetzt. Die BP kaufte dabei: 25 Prozent der Raffinerie Speyer/Elf (die anderen 75 Prozent im Besitz der ELF), 25 Prozent der Ruhrgas AG und 31 Prozent der Deutschen Flüssiggas Terminal Gesellschaft, 50 Prozent der Raffinerie Ingolstadt, und den inländischen Brennstoffhandel der Stinnes-Strohmeyer GmbH sowie eine Option auf die Stinnes-Fanal GmbH. (Nach „Erdöl und Kohle" 31/78).

Dadurch sind die Herren der Ölmonopole auch Beherrscher der Ruhrgas AG geworden, die 2/3 des westdeutschen Gasverbrauchs liefert, und deren Aktienkapital sie jetzt zu 54 Prozent besitzen. Bereits vor 10 Jahren, 1969, waren mehr als 80 Prozent des in Raffinerien angelegten Kapitals in den Händen der Ölmultis, dieser Prozentsatz ist seitdem noch leicht gestiegen. Und schließlich kommen mehr als 70 Prozent aller Chemiegrundstoffe aus sechs Betrieben der Erdölchemie, die die Ölmagnaten gemeinsam mit den westdeutschen Chemiemonopolen halten.

Westdeutsche Kapitalisten haben keine eigene Ölbasis

In der Vergangenheit, und auch heute, hat es verschiedene Versuche der westdeutschen Kapitalisten gegeben, sich eine eigene Ölbasis zu schaffen und den übermächtigen Einfluß der Ölmultis zurückzudrängen. Dazu sollte ab 1969 die Deminex dienen, an der der Bund und eine Reihe verschiedener Energiemonopole beteiligt sind. Dazu sollte vor allem die Gründung des VEBA-Konzerns dienen (43 Prozent des Kapitals sind staatlich). Der Verkauf der VEBA-Gelsenberganteile stellte faktisch das Eingeständnis des abermaligen Scheiterns dieses Plans dar, nachdem bereits die Deminex nur am Rande großer Konsortien (in Libyen und Norwegen) eine kleinere Rolle spielen konnte.

Der Grund für das Scheitern dieser Pläne, laut VEBA-Boss Benningsen, war die Tatsache, daß die VEBA der Konkurrenz der Multis nicht gewachsen war und im Ölbereich nur noch geringe Profite machte. Und da auch der VEBA-Konzern ein kapitalistisches Unternehmen ist, das Profit machen muß, wurde eben verkauft.

Der Gegensatz der westdeutschen Kapitalisten zu den amerikanisch-englischen Finanzgruppen wegen einer eigenen Ölbasis war zu keiner Zeit ein scharfer Widerspruch. Einfach deshalb, weil bei einem Kampf zu viel Kapital hätte riskiert werden müssen und politische Verwicklungen mit den USA befürchtet wurden. Der Verzicht auf diese eigene Basis fällt ihnen um so leichter angesichts der Tatsache, daß die deutschen Monopole unter den heutigen Bedingungen sehr gut am Energiegeschäft profitieren, und das ist es, was sie in erster Linie interessiert.



Der Staat treibt ein — die Monopole kassieren

Die Rolle des Staates als Steuereintreiber der Monopole wird im Energiesektor besonders deutlich. In den westeuropäischen kapitalistischen Ländern macht der durchschnittliche Anteil der Mineralölbesteuerung rund 49 Prozent am Endverkaufspreis für Raffinerieprodukte aus, in der Bundesrepublik besteht mit 55 Prozent der höchste Satz. Da diese Besteuerung prozentual ist, steigen mit jeder Preiserhöhung auch die Steuereinnahmen.

Von daher ist es leicht zu erklären, warum die Bundesregierung seit Beginn des Jahres zu den eifrigsten Befürwortern der Ölpreiserhöhung gehört. Allen voran war dabei stets Graf Lambsdorff im Wirtschaftsministerium, aber, im Chor der EG-Finanzminister, hat sich jetzt auch Matthöfer lautstark für eine weitere Teuerung eingesetzt. 1977 betrugen die Einnahmen des Staates aus der Mineralölsteuer immerhin 19,2 Milliarden Mark, sie war damit die viertgrößte Steuer in der Bundesrepublik.

Die Mineralölsteuer muß laut Gesetz im Verkehrswesen, der Energieforschung und ähnlichen Bereichen verwendet werden. Wie die zahlreichen anderen Gesetze und Maßnahmen im Energiesektor, das Verstromungsgesetz, das Energiewirtschaftsgesetz, das Energieprogramm der Bundesregierung und vieles andere mehr, so dient auch das Mineralölsteuergesetz dazu, Gelder zugunsten der westdeutschen Monopole umzuverteilen. Allein 1977 erhielten die Energiemonopole direkte Zuschüsse in Höhe von über 14 Milliarden Mark. Zusammen mit anderen Steuergeldern ist die Mineralölsteuer eine unerschöpfliche Profitquelle für die Energiemonopole. Dafür einige wenige Beispiele:

- Seit über 20 Jahren erhält die westdeutsche Atomindustrie jährlich eine Milliarde Mark allein aus dem Posten „Forschung und Entwicklung" des Bundeshaushalts.
- Mit Dutzenden von Milliarden wurde die Ruhrkohle AG bezuschußt.
- 1978 erhielt der Elektrizitätsriese RWE für den Kohlebereich allein mehr als 370 Millionen Mark.
- Zusätzliche Steuern werden ganz direkt für die Monopole eingetrieben, wie etwa der Kohlepfennig, mit dem jedes Jahr 2 Milliarden Mark den Herren der Kohle und E-Werke zufließen.

Diese Reihe läßt sich beliebig verlängern. Zahlreiche Konjunkturprogramme, steuerliche Subventionen und so weiter kamen den Energiemonopolen zugute.



1969: Konfrontation — streikende Bergleute und ein Bergwerksdirektor. Die Kollegen setzten sich gegen das geplante Zechensterben zur Wehr.

Der große Coup: Ruhrkohle AG

Die Kohlezechen, im wesentlichen in den Händen der Stahlbarone der Ruhr und der Energiemonopole, waren seit den fünfziger Jahren in Konkurrenz zum Erdöl nicht mehr profitträchtig genug gewesen, deshalb mußten sie weichen. Die Ziele der Monopolisten waren klar: sie brauchten Kohle für ihre Stahlwerke, die wollten sie möglichst billig bekommen, dazu mußte die Ausbeutung der Kumpels enorm gesteigert werden; sie wollten sich für die Zukunft und für den Fall, daß Kohle wieder profitträchtiger wird, noch eine gewisse eigene Kohlebasis erhalten, dazu mußten besondere Steuereintreibungen organisiert werden, um dies zu finanzieren; und sie wollten mit dem Rest der Kohlenzechen natürlich auch Profit machen, dazu mußte der Kohlen- und Kokspreis hochgetrieben werden. Diese Ziele haben sie erreicht.

In den letzten 10 Jahren, seit Gründung der RAG, wurden über 60000 Kumpels entlassen, über 50 Prozent der Zechen geschlossen, die Förderung bis unter 80 Millionen Tonnen reduziert. Der Verbraucherpreis stieg in dieser Zeit um über 100 Prozent, im Verhältnis dazu sank der Industrieabnehmerpreis, der Anfang der siebziger Jahre noch 60 Prozent des Verbraucherpreises betragen hatte, immer mehr ab bis auf knapp 50 Prozent: für die Monopole blieb die Kohle relativ billig.

Auf der anderen Seite bekamen die Stromgiganten, wie das RWE, Milliardenzuschüsse für die Verwendung bestimmter Steinkohlemengen zur Stromerzeugung, Mengen, die sie jedoch nie abgenommen haben. Denn das RWE ist faktisch Alleinbesitzer der westdeutschen Braunkohlevorkommen (88 Prozent), 1978 förderte ihre Tochtergesellschaft über 100 Millionen Tonnen Braunkohle, von denen das RWE über 90 Prozent zur Stromerzeugung nutzte. Die Hochfinanz, die hinter dem RWE steht, hat sich beim Rationalisierungsfeldzug gegen die Steinkohlenzechen mit den Stahlbaronen verbündet, denn ihre eigenen Braunkohlebesitzungen gewannen dadurch an Wert.

Zahlreiche weitere Tatsachen beweisen, daß die Ruhrkohle AG ein Rationalisierungsausschuß der deutschen Monopolisten ist, mit dem Ziel, die vorhandenen Kapitalien in ergiebigere Projekte investieren zu können. Das zeigt sich auch an der Zusammensetzung der RAG, deren größte Aktionäre neben der VEBA die Stahlmonopole sind. Hoesch mit 7,8 Prozent, Mannesmann mit 7,4 Prozent, August-Thyssen-Hütte mit 7,2 Prozent, Krupp 6,1 Prozent, Thyssen Energie 5,5 Prozent halten direkt ein Drittel des Aktienkapitals, indirekt weitere 10-15 Prozent. Auch die Funktionen des Bosses der Ruhrkohle, Dr. Bund sind sehr aufschlußreich. In folgenden Gremien ist er vertreten:

- Verwaltungsrat der „Aktionsgemeinschaft deutscher Steinkohlenreviere", deren Ziel die „geordnete Stillegung von Steinkohlenbergwerken" ist;
- Verwaltungsrat des „Rationalisierungsverbands des Steinkohlenbergbaus", dessen Ziel es ist, „Stillegungsprämien zu gewähren";
- Aufsichtsrat der „Urangesellschaft mbH", die an der Uransuche in Australien, USA, Kanada, Niger und Brasilien beteiligt ist;
- Aufsichtsratsvorsitzender der „STEAG", an der die RAG die Mehrheit hat und die zahlreiche Kraftwerke, Erdgasinteressen und die STEAG Kernenergie besitzt;
- Aufsichtsrat der „Ruhrgas AG", die — unter vielem anderen — zahlreiche Beteiligungen an Erdgaspipelinesgesellschaften besitzt;
- Aufsichtsrat bei der „Mobil Oil AG", einer Filiale des amerikanischen Ölmultis, der in der Bundesrepublik über drei Raffinerien im Alleinbesitz verfügt.

AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT



Die Herren Esser und Kirchner sollten sich vorsehen. Wenn sie glauben, mit Drohungen und Hetze die Arbeiter von ihren Forderungen abbringen zu können, täuschen sie sich. Die wachsende Kampfentschlossenheit könnte den Herren noch schwer zu schaffen machen. Unser Bild: 1973 streikte die Belegschaft von Felten & Guilleaume für eine Lohnzulage.

Unternehmerverbände fordern: „Schluß mit der Nachschlagsdiskussion"

Ermuntert durch die Stellungnahmen der verräterischen DGB-Führung gegen die Forderung nach einem Nachschlag, verschärfen auch die Unternehmerverbände ihre Propaganda gegen die Nachschlagsbewegung. Frech fordert Unternehmerpräsident Esser, jetzt müsse endlich Schluß sein mit der Nachschlagsdiskussion.

Und sein Komplize, der Geschäftsführer von „Gesamtmetall", Kirchner, äußerte sich in folgender zynischer Weise gegen die berechtigte Forderung nach einem Teuerungsausgleich: Die Mehrheit der Arbeitnehmer sei heute froh, überhaupt beschäftigt oder wiederbeschäftigt zu sein.

Die Kapitalisten möchten den Arbeitern verbieten, ihre Forderungen zu stellen und sich dagegen zu wehren, daß ihr Reallohn abgebaut und ihr Lebensstandard heruntergedrückt wird.

„Sei froh, daß wir dir überhaupt gestatten, für uns zu schuften und unseren Reichtum zu vermehren; was willst du denn noch mehr? Du solltest dankbar sein, daß wir dir gnädigerweise einen Arbeitsplatz zugestehen." Vor einigen Jahren haben die Kapitalisten uns noch nicht ganz so offen ins Gesicht gesagt, welche Rolle wir im kapitalistischen System zu spielen haben: die von Lohnsklaven.

Früher redeten sie noch mehr von „Partnerschaft zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern", von „Humanisierung der Arbeitswelt" usw. Das halten sie heute nicht mehr so sehr für nötig. Wo eine Kündigung für den Arbeiter oder Angestellten gleichbedeutend ist mit einem schweren Schicksalsschlag, der einer wirtschaftlich völlig ungesicherten Zukunft, dann glauben die Kapitalisten, offener auftreten zu können.

Überdies sehen sie sich durch die Wirtschaftskrise gezwungen, auf bestimmte optische und taktische Rücksichten zu verzichten. Ganz offen greifen sie die Reallöhne und die wenigen sozialen Rechte der Arbeiter an. Unter Krisenbedingungen muß die Ausbeutungsschraube verschärft angezogen werden. Höchstprofit, Rekordprofit muß herausspringen. Schließlich muß der Arbeiter endlich begreifen, daß er allein die Lasten der Krise zu tragen hat, daß er den Gürtel enger schnallen muß...

Die Unternehmer setzen jetzt weniger auf das Zuckerbrot der Sozialpartnerschaftsphrasen und kleinen Zugeständnisse, und mehr auf die Peitsche. Werden die Sklaven aufmüpfig, wollen sie nicht länger stillhalten, dann holt man eben den Aussperrungsknüppel aus dem Sack. Zudem kann sich die Unternehmerschaft ja noch auf ihre Komplizen und Handlanger innerhalb des Gewerkschaftsapparats, auf Arbeiterverräter wie Loderer, Hauenschildt oder Vetter stützen.

Die Herren Esser und Kirchner sollten sich jedoch vorsehen. Wenn sie glauben, mit Drohungen und Hetze die Arbeiter von ihren Forderungen abbringen zu können, täuschen sie sich. Die wachsende Kapmfentschlossenheit in den Betrieben und an der Gewerkschaftsbasis könnte den Herren noch schwer zu schaffen machen. Esser fordert, es solle jetzt Schluß sein mit der Diskussion über einen Nachschlag. Nur langsam, Herr Esser! Vielleicht wird Ihre Forderung ja in einigen Betrieben schon bald erfüllt. Wenn nämlich die Belegschaften die Diskussion beenden und zur Aktion übergehen!

Proteststurm gegen DEMAG-Schließung

Vorstandssprecher Knobloch niedergeschrien

Sie erfuhren es morgens aus der Zeitung, daß ihr Betrieb geschlossen werden soll, die Kollegen des Mannesmann-Betriebes DEMAG-Fördertechnik in Duisburg-Neumühl. 187 Beschäftigte sind von diesem Handstreich des Mannesmann-Vorstandes betroffen.

Am 24.7., morgens um 6 Uhr, versammelten sich sofort an die 50 Belegschaftsmitglieder vor dem Betriebsratsbüro. In kurzer Zeit war der Betrieb ganz stillgelegt. Mit Mühe, unter Protestrufen und Pfiffen versuchte Vorstandssprecher Knobloch die Maßnahme zu rechtfertigen. Von geringer Auslastung und Produktionszahlen war viel die Rede. Das Schicksal der von der Schließung betroffenen Kollegen interessierte diesen Herren und seine Auftraggeber nicht.

Besonders empört sind die Kollegen über das inzwischen von der DEMAG gemachte „Angebot", das ihnen 8 bis 12 Arbeitsplätze in Duisburg, 20 in Dinslaken und über 100 in Wetter an der Ruhr anbietet. Am Samstag, den 28.7., führte die Belegschaft eine Kundgebung in der Neumühler Einkaufsstraße durch, an der Bürgermeister Krings und der IG-Metall-Ortsbevollmächtigte Bulitz der teilnahmen. Bulitz, der zugleich Mitglied des Aufsichtsrats der Mannesmann-DEMAG ist, war drei Wochen in Urlaub gewesen und zeigte sich nun „völlig überrascht"! Demgegenüber haben betroffene Kollegen sogar ihren Auslandsurlaub abgebrochen, als sie von der drohenden Schließung hörten, um gemeinsam mit den anderen Kollegen dagegen zu kämpfen.

Der Betriebsratsvorsitzende hat angekündigt, daß er sich die „wirtschaftliche Notwendigkeit" der Schließung begründen lassen will, bevor er bereit ist, über einen Sozialplan zu verhandeln. Das ist ein durchsichtiges Betrugsmanöver. Natürlich können die DEMAG-Kapitalisten ihre Betriebsschließung wirtschaftlich begründen. Der Kampf gegen die Schließung kann nur durch die Ausdehnung der Kampfmaßnahmen der Belegschaft erfolgreich geführt werden.

Der Betriebsrat hatte erst vor kurzem der Entlassung von Kollegen und der Schließung der Lehrwerkstatt zugestimmt mit dem Argument, daß dadurch der Betrieb gerettet würde. In Wirklichkeit hatte diese Maßnahme zur Folge, daß noch intensiver gearbeitet und die Produktivität gesteigert wurde.

Mit den Kollegen fordern wir:

- **Beibehaltung des Standortes Neumühl!**
- **Sicherung aller Arbeitsplätze!**

Massenentlassungen bei AEG-Kanis-Essen

„Hier ruht die Sozialpartnerschaft"

Diese Inschrift war auf einem großen schwarzen Holzkreuz zu lesen, das verschiedene Kollegen der AEG-Kanis-Essen (AKE) anläßlich der Betriebsversammlung vom 23. Juli in der Halle aufgepflanzt hatten. Auf dieser Versammlung wurde der Stillegungsbeschluß des AEG-Telefunken-Vorstandes bekanntgegeben.

Die Inschrift richtete sich vor allem gegen die Spitzenfunktionäre von Betriebsrat und Vertrauensleutekörper, die in der Vergangenheit ständig eine Politik der „vertrauensvollen Zusammenarbeit" mit den Kapitalisten betrieben haben. Folgende Informationen erhielten wir von einer Kollegengruppe bei AKE, die Betriebszeitung „Turbine von Kollegen, für Kollegen" herausgibt.

An alle Kollegen und Genossen, die im AEG-Telefunken-Konzern arbeiten!
Schickt uns alle verfügbaren Informationen aus eurem Bereich, vor allem über Rationalisierungsmaßnahmen etc. zu. Wir werden sie an die Kollegen der „Turbine" bei AEG-Kanis-Essen weiterleiten; auf Wunsch werden die Kollegen euch ihre eigenen Informationen überlassen. Schickt außerdem Solidaritätsadressen oder Delegationen!

Als beispielsweise im letzten Jahr die öfteren Zeitnehmer bei den Kollegen aufkreuzten, entstand berechtigte Unruhe in der Belegschaft; denn das war ein untrügliches Zeichen von verschärfter Rationalisierung und bedeutet in der Regel Steigerung der Arbeitshetze und Einsparen von Arbeitsplätzen, sprich Entlassungen. Doch verschiedene Gewerkschaftsfunktionäre wußten die Kollegen zu beruhigen. Sie behaupteten sogar, man wolle durch den Kampf gegen die Rationalisierung die Kollegen um einen höheren Akkordlohn bringen. Doch wenig später wurden an die 30 Arbeitsplätze eingespart. Die Betriebsratsspitze hatte den Weg dazu bereitet.

Als es im Mai um erste Massenentlassungen in Nürnberg und Essen ging, unterließ es der Betriebsrat, die Belegschaft darüber zu informieren. Hier machte die „Turbine" den Bonzen allerdings einen Strich durch die Rechnung, indem sie die „Totschweigetaktik" des Betriebsrats durchbrach.

Anstatt den Kampf gegen die drohenden Entlassungen zu organisieren, wurde ständig nach einem Betriebskonzept gerufen, das der Vorstand im Interesse der Kollegen ausarbeiten solle. Man munkelt sogar, daß der Betriebsrat mit einer begrenzten Zahl von Entlassungen einverstanden gewesen sei, unter dem Vorwand, den Betrieb zu retten.

Nun ist der Schließungsbeschluß da, und selbst in dieser Situation denken Betriebsrat und Vertrauenskörperleitung nicht im Traume daran, ihre Haltung aufzugeben. Betriebsratsvorsitzender Hans Fehr und der Vorsitzende der Vertrauenskörperleitung H. G. Zmudzinski sind erst mal in Urlaub gefahren. Die einzige Kampfaktion, die sie unter dem Druck der Belegschaft organisierten, war ein Marsch zum Rathaus während der Arbeitszeit. Anstatt aber den Kampf auf dieser Linie auszuweiten, anstatt andere Betriebe und DGB-Gewerkschaften in den Kampf miteinzubeziehen (in Essen gibt es 118000 DGB-Mitglieder), ließen sie von den Vertrauensleuten die ganze Woche über eine Unterschriftensammlung durchführen, die AEG-Telefunken-Chef Cipa vorgelegt werden soll. Nichts gegen Unterschriften sammeln, das ist eine gute Möglichkeit, die Solidarität unter der Bevölkerung zu organisieren; wenn sich allerdings der Kampf gegen die Entlassung von 1300 Kollegen darauf beschränkt, werden sich die Kapitalisten die Hände reiben.

Noch heute wird bei AKE in manchen Betriebsbereichen am Wochenende gearbeitet, noch heute werden bei AKE Überstunden gefahren, zum Beispiel in der Montage. Und das alles mit dem Segen des Betriebsrats. Einen besseren Stillegungsvollstrecker als Fehr kann sich Cipa gar nicht wünschen.

Solche Leute sabotieren den Kampf gegen die Massenentlassungen. Wer sich auf sie verläßt, ist verraten und verkauft. Zwei Aufgaben stehen an. Zum einen müssen in Essen andere DGB-Gewerkschaften und Betriebe in den Kampf miteinbezogen werden, denn schon heute gibt es in Essen fast 6 Prozent Arbeitslose. Zum anderen muß die Solidarität innerhalb des AEG-Telefunken-Konzerns organisiert werden, denn in diesem Bereich sind noch in diesem Jahr 15000 Entlassungen geplant.

Konkurse und Massenentlassungen

Immer mehr häufen sich die Fälle von Konkursen und Betriebsschließungen, immer offener zeigt sich der Zynismus, mit dem die berufliche Existenz von Hunderten und Tausenden Arbeitern, kleinen Angestellten und Beamten vernichtet wird. Allein in der vergangenen Woche erregten folgende vier Fälle die Öffentlichkeit:

St. Wendel / Saar. Als die 200köpfige Belegschaft der Sarinco Möbel GmbH nach einem zweiwöchigen Betriebsurlaub wieder zur Arbeit antreten wollte, mußte sie feststellen, daß ihre Firma inzwischen geschlossen worden war. Eine Million Mark aus den Mitteln der Saarregierung „für regionale Wirtschaftsführung" und 1,5 Millionen Mark aus Mitteln der Bundesanstalt für Arbeit „zur Sicherung von Arbeitsplätzen" hatten die Inhaber noch kassiert. Jetzt schulden sie der Belegschaft große Summen an Lohnrückständen und Urlaubsgeld.

Goldin-Konkurs. Auch die 1220 Beschäftigten der Tankstellenkette „Goldin" und der „Westfälischen Mineralölwerke" des inzwischen untergetauchten Firmeninhabers Erhard Goldach dürften 3 Millionen Mark Löhne und Gehälter nicht mehr wiedersehen. Auch einen Sozialplan dürfte es hier nicht geben, denn der „clevere Geschäftsmann" hat seinerzeit die Bildung eines Betriebsrats nicht zugelassen.

Wilhelmshaven. Mit tätiger Selbsthilfe schützten die Arbeiter der Jadewerft GmbH in Wilhelmshaven ihre Werft vor den Demontageabsichten der Gläubiger, nachdem Konkurs angemeldet worden war. Nur durch diese Entschlossenheit der Belegschaft konnte ein Darlehen ausgehandelt werden, wodurch die Lohnauszahlung gesichert wurde.

Baden-Württemberg. Den 1800 entlassenen Grund-, Haupt- und Realschullehrern ist vom Kultusminister Herzog zynisch empfohlen worden, sie sollten Arbeitslosenunterstützung beantragen und sich einen neuen Beruf suchen. Inzwischen werden die Schulbehörden von einer Flut von Protestschreiben eingedeckt. Auch Tausende von Lehrern, Schülern und Eltern gehen auf die Straße und halten Protestkundgebungen ab. Für den 15. September hat die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft zu einer Großdemonstration in Stuttgart aufgerufen.

Westdeutsche Automobilindustrie vor der Krise

Amerikanische Massenentlassungen sind eine Warnung

Gegenwärtig fliegen Zehntausende von amerikanischen Automobilarbeitern auf die Straße. Die umfangreichen Massenentlassungen haben in der westdeutschen Branche bereits ein Echo hervorgerufen.

Zwar spricht hier kaum einer von Krise oder bevorstehenden Entlassungen, doch nicht ohne Grund sinken die Kurse von Daimler-Benz, BMW und VW an den westdeutschen Aktienmärkten. Im Juni wurden 15 Prozent weniger Autos bestellt als im Vorjahresmonat, für Ford „Anlaß zur Besorgnis, wenn das so weitergeht".

Die Unternehmerschaft hat vorgebaut. Alle Hersteller haben in den letzten Monaten Rekordinvestitionsprogramme bekanntgegeben. In den kommenden fünf Jahren sollen 30 Milliarden Mark ausgegeben werden, fast doppelt so viel wie in den fünf Jahren zuvor. Außerdem werden wie bei VW immer mehr Produktionskapazitäten ins Ausland verlegt.

Die Automobilkapitalisten haben die Weichen für die Rezession gestellt. Mit ihren gigantischen Investitionsprogrammen, mit dem Geld, das sie den Arbeitern in Zeiten des Booms insbesondere durch zahllose Sonderschichten abgepreßt haben, soll ein umfangreiches Investitionsprogramm durchgezogen werden, soll die Arbeitsplatzvernichtung finanziert werden, um bei zurückgehender Produktion keine Schmälerung der Profite hinnehmen zu müssen.

Die amerikanischen Massenentlassungen sind ein deutliches Warnsignal. **Jede verweigerte Sonderschicht, jede verweigerte Überstunde sind ein kleiner Erfolg im Kampf gegen die bevorstehenden Entlassungen. Der Kampf für die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich muß gegen den Verrat der Gewerkschaftsführung verstärkt weitergeführt werden.**

Kampagne für das Verbot der Aussperrung

Örtliche und betriebliche Aktionsausschüsse bilden!

Zum ersten Mal trat die „Kampagne für das Verbot der Aussperrung" auf den 1. Mai-Kundgebungen in diesem Jahr öffentlich in Erscheinung. Es wurden Ansteckplaketten verkauft und ein Faltblatt wurde verteilt. Die gute Resonanz bei den Kundgebungsteilnehmern war den Kollegen ein Ansporn dafür, ihre Initiative verstärkt weiterzutreiben. In den letzten Wochen begann die „Kampagne" in verschiedenen Städten der Bundesrepublik und in Westberlin damit, mit Informationsständen die Bevölkerung aufzuklären und Unterschriften für das Verbot der Aussperrung zu sammeln. Inzwischen wurde auch ein zentraler Ausschuß der „Kampagne" gegründet, dem neben Gewerkschaftsfunktionären und Betriebsräten auch der bekannteSchriftsteller Max von der Grün angehört. Der zentrale Ausschuß wandte sich mit einem aufruf an die Öffentlichkeit, den wir nachstehend im vollen Wortlaut wiedergeben.

Aufruf

Immer häufiger beantworten die Unternehmer Streiks der Arbeiter und Angestellten mit Aussperrungen. Sicher werden sich diese Machtdemonstrationen der Unternehmer in nächster Zeit mit der zu erwartenden Zuspitzung der Krise noch verschärfen.

Die Aussperrung ist ein direkter Angriff auf das allgemein anerkannte demokratische Recht der Arbeiter und Angestellten zu streiken. Schon einmal — 1928 — haben die Unternehmer mit der Aussperrung von über 200000 Metallarbeitern die vollständige Vernichtung sämtlicher demokratischer Rechte und die Zerschlagung der Arbeiterorganisationen eingeleitet.

Wir meinen, es ist an der Zeit, dieser rücksichtslosen Machtausübung der Unternehmer endlich wirksam zu begegnen. Deshalb haben wir eine Kampagne für das Verbot der Aussperrung ins Leben gerufen. Unser Ziel ist es, ein gesetzliches Verbot der Aussperrung durch den Bundestag herbeizuführen. Denn es geht nicht, daß der Wille von über 60 Prozent der Bevölkerung, die sich in letzter Zeit in Meinungsumfragen eindeutig gegen die Aussperrung ausgesprochen haben, weiterhin von den Parlamentariern ignoriert wird. Es kann nicht länger hingenommen werden, daß die gegen die Aussperrung gerichteten Beschlüsse des 11. Ordentlichen DGB-Bundeskongresses — der immerhin rund 7,5 Millionen werktätige Menschen repräsentiert — vom Bundestag wie ein Fetzen Papier behandelt werden.

Wir — die unterzeichneten Mitglieder des zentralen Ausschusses der Kampagne für das Verbot der Aussperrung — bitten Sie daher: Unterstützen Sie aktiv unsere Forderung nach einem Gesetz, das die Aussperrung ein für allemal verbietet. Wir rufen Sie dazu auf, überall, wo es möglich ist, örtliche und betriebliche Aktionsausschüsse der Kampagne für das Verbot der Aussperrung ins Leben zu rufen, die unsere Forderungen breit in die arbeitende Bevölkerung hineintragen.

Am diesjährigen 1. Mai ist die Kampagne für das Verbot der Aussperrung erstmals mit einem Faltblatt und Plaketten zum Verbot der Aussperrung an die Öffentlichkeit getreten. Auf den gewerkschaftlichen Maikundgebungen und -demonstrationen stießen wir damit auf große Zustimmung. Das ermutigt uns, verstärkt weiterzumachen. Unterstützen Sie uns dabei, bis zur nächsten Bundestagswahl eine so breite und starke Bewegung für das Verbot der Aussperrung zu entfachen, daß sie von den Kandidaten und Parteien nicht mehr ohne erhebliches Risiko für ihre Stimmenzahl übergangen werden kann.

Der zentrale Ausschuß der Kampagne für das Verbot der Aussperrung

Christoph Barkowsky, Betriebsrat bei Mühlmeister und Johler (IG DruPa), Hamburg
Max von der Grün, Schriftsteller, Dortmund
Törk Hansen, Vorsitzender des Vertrauensleutekörpers bei Sintermetall (IG Metall), Lübeck
Klaus Kienzler, Mitglied der Großen Tarifkommission Baden-Württemberg der Gewerkschaft HBV (Fachgruppe Einzelhandel), Stuttgart
Klaus Paukstat, Vertrauensmann bei Mannesmann (IG Metall), Duisburg
Elke Rotter, Mitglied der Großen Tarifkommission im Nordverbund (IG Metall), Wilhelmshaven
Wilhelm Wiechern, Vertrauensmann bei Flottmann (IG Metall), Herne
Ralph Wittke, Vorsitzender der Ortsgruppe Kirchderne der IGBE, Dortmund

Loderer distanziert sich von „Metall"

„Strauß nicht emporschmähen"

„Gratuliere zum ‚treffendsten' aller Titelblätter zur ‚Strauß-Kanzler-Kandidatur'." Das schrieb eine Kollegin an „Metall", die Zeitung der Industriegewerkschaft Metall. Die Stellungnahme von „Metall" zu Strauß löste bei der Leserschaft ein sehr positives Echo aus. Das liegt daran, daß die Gewerkschaftszeitung sich nicht mit der bürgerlichen Propaganda gleichschalten ließ.

Anstatt daran mitzuwirken, Strauß und seine Ziele zu verharmlosen, rief „Metall" z.B. in Erinnerung, was dieser Mann schon alles selbst über seine politischen Vorstellungen und Ziele geäußert hat. Auch erinnerte „Metall" an seine diversen Skandale, seine aggressiv-antigewerkschaftliche Haltung.

Und das genügt ja schon, um jeden politisch wachen Arbeiter und Gewerkschafter in Alarmstimmung zu versetzen. Wenn einem Politiker wie Strauß die Möglichkeit gegeben wird, nach dem Amt des Regierungschefs in Bonn zu greifen, dann heißt es für die Arbeiterbewegung: seid auf dem Posten, es droht Gefahr!

Ganz anders als die überwältigende Mehrheit der IGM-Mitglieder reagierte der Mitherausgeber von „Metall" Eugen Loderer auf die warnende Stellungnahme des IGM-Organs. Im Bayrischen Rundfunk kritisierte Loderer seine eigene Zeitschrift. Mehr noch. Er drohte: zwar liege es ihm fern, Äußerungen von „Metall" zu reglementieren oder zu zensieren, über die Stellungnahme zu Strauß aber werde er mit den Redakteuren „reden".

Loderer erklärte in der erwähnten Rundfunksendung, die IG Metall wolle Strauß im Vorfeld der Bundestagswahl weder „dämonisieren noch emporschmähen". Loderer sagte wirklich „emporschmähen"!

Wer also Strauß dadurch stoppen will, daß er die Menschen über diesen Mann und seine politischen Ziele aufklärt, der ist völlig auf dem Holzweg. Bestimmt hätte Strauß überhaupt nie Kanzlerkandidat werden können, hätten ihn nicht seine heimlichen Gönner und Verbündeten emporgeschmäht und dämonisiert. Zum Beispiel, indem sie ihm all die haarsträubenden politischen Äußerungen angedichtet haben, die er in Wahrheit nie getan hat. Oder indem sie ihm eine Menge Skandale unterschoben, obwohl er ja nie in einen Skandal verwickelt war. Wahrscheinlich ist auch in Sonthofen nie eine Rede gehalten worden und erst recht nicht von Franz Josef Strauß...

Ob Loderer es wohl schafft, die Redakteure von „Metall" zum Kuschen zu bringen? Eines jedenfalls steht fest. Loderer ist nicht die IG Metall. Die besteht nicht nur aus ihm, sondern auch aus mehr als zwei Millionen Mitgliedern. Die große Mehrheit von ihnen empfindet es als unverschämte Anmaßung, wenn Loderer ihnen unterschiebt, sie seien dafür, daß im Bundestagswahlkampf die Wahrheit über Strauß verschwiegen werden soll.


Nr. 14 Frankfurt 16. Juli 1979 Jahrgang 31 D 4713 DX

metall

Zeitung der Industriegewerkschaft Metall

„Und wenn wir hinkommen und räumen so auf, daß bis zum Rest dieses Jahrhunderts von diesen Banditen keiner es mehr wagt, in Deutschland das Maul aufzumachen."

(Der Kanzler-Kandidat der Unionsparteien, Franz-Josef Strauß)

Verfassungsschutzskandal Bremen

ÖTV-Gewerkschafter fordern restlose Aufklärung

Die meisten Arbeiter und Angestellten, insbesondere in Bremen, haben mit großer Empörung auf den Verfassungsschutzskandal von Bremen reagiert. Viele Kolleginnen und Kollegen hätten es bis dahin nicht für möglich gehalten, daß die politische Bespitzelung in der Bundesrepublik bereits solche Ausmaße und eine derartige polizeistaatliche Ausprägung erreicht hat.

Erregung in den Betrieben und unter Gewerkschaftern hat vor allem auch der Umstand hervorgerufen, daß — wie der Skandal von Bremen zeigt — die Geheimpolizei des Bonner Staates ihre Überwachungstätigkeit offfensichtlich auf die Arbeiterbewegung und die Gewerkschaften konzentriert. Man sieht sich an die dunkelste Periode der deutschen Geschichte erinnert, als in den Betrieben gemeinsam mit den Werksleitungen Hitler's Gestapo Gewerkschaftern, Antifaschisten und Kommunisten nachspürte.

Direkt nachdem der Skandal von Bremen bekannt wurde, wandten sich die Mitgliederversammlung und der Vertrauensleutekörper der Gewerkschaft ÖTV im Bremer Zentralkrankenhaus St.-Jürgen-Straße mit folgendem Schreiben an den Kreisvorstand der ÖTV:

Kolleginnen und Kollegen! Wie wir aus den Bremer Tageszeitungen vom 18.7.79 erfuhren, sollen schon seit über 10 Jahren Kolleginnen und Kollegen, die für die Betriebsräte der verschiedenen Bremer Großbetriebe kandidiert haben, vom Verfassungsschutz überprüft und registriert worden sein. Laut „Stern" vom 19.7.79 wurden die so — in Zusammenarbeit mit Personalabteilungen und V-Leuten (Spitzel) — zusammengetragenen Informationen in den Verfassungsschutzcomputer „Nadis" eingespeist und angeblich gewonnene Erkenntnisse verschiedentlich Firmenleitungen vertraulich mitgeteilt.

Mitgliederversammlung und Vertrauensleutekörper des Zentralkrankenhauses St.-Jürgen-Straße stellen dazu fest:

1. Sollte von den Berichten auch nur ein Teil zutreffen, so betrachten wir diese Bespitzelungen und Denunziationen als unerträglichen Angriff auf die grundgesetzlich garantierte freie gewerkschaftliche Betätigung aller Arbeitnehmer und protestieren aufs schärfste gegen die Gesinnungsschnüffelei in Bremer Großbetrieben.

2. Wir fordern den ÖTV-Kreisvorstand Bremen auf, sich unverzüglich gemeinsam mit den Kolleg(inn)en aller DGB-Gewerkschaften für die Einrichtung eines Untersuchungsausschusses einzusetzen. Diesem Ausschuß müssen Vertreter der betroffenen Betriebs- und Personalräte und der Gewerkschaften angehören.

3. Wir wenden uns gegen jede Form der Bespitzelung und erwarten eine restlose Aufklärung und Offenlegung dieser Angelegenheit. Sollten sich diese Vorwürfe bestätigen, so fordern wir die Vernichtung aller gesammelten Daten und Informationen und den sofortigen Rücktritt des verantwortlichen Innensenators Fröhlich.

Mit kollegialen Grüßen!

GdP-Vorsitzender Schirrmacher in „Welt der Arbeit"

„Der Polizist als ungeschützter Spielball für Beschuldigungen"

Sollten Polizisten Namensschilder tragen? Für die ungezählten Bundesrepublikaner, die schon einmal die Willkür und Brutalität „unserer" Polizei schmerzlich erlebt haben, ist das keine Frage. Bei Demonstrationen (etwa gegen NPD-Aufmärsche) ist zum Beispiel folgende „Taktik" der Polizei nachgerade schon zum System geworden: Du wirst von Polizisten gejagt, mißhandelt und verhöhnt und bekommst zu allem Überfluß eine Anklage wegen „Widerstand gegen die Staatsgewalt" und vielleicht noch eine wegen Körperverletzung dazu. Aber auch bei unpolitischen Anlässen hat der von Polizisten zu Unrecht mißhandelte Bürger erfahrungsgemäß nur minimalste Chancen, die Übeltäter zur Rechenschaft ziehen zu können.

Das Fehlen von Namensschildern macht es natürlich noch schwerer als es ohnehin schon ist, gegenüber Polizeibeamten Recht zu bekommen und erleichtert es der Staatsgewalt, die Bevölkerung durch Willkürmaßnahmen einzuschüchtern.

Für die vom DGB-Vorstand herausgegebene Zeitung „Welt der Arbeit" (WdA) aber heißt das noch lange nicht, daß die Forderung nach Namensschildern für Polizisten berechtigt ist. Im Gegenteil. WdA läßt in einem Interview zu diesem Thema den Vorsitzenden der sogenannten Gewerkschaft der Polizei Schirrmacher zu Wort kommen. Herr Schirrmacher, den die Arbeiter nach dem Willen der DGB-Führung als „Kollegen" akzeptieren sollen, weist die Forderung nach Namensschildern für Polizisten entschieden und voller Entrüstung zurück.

Herr Schirrmacher sieht das Problem nicht etwa darin, die Bevölkerung vor den zunehmenden Übergriffen und Schikanen der Polizei zu schützen, sondern umgekehrt. Die Polizei muß vor der Willkür der Bevölkerung geschützt werden. Originalton Schirrmacher: *„Per Namensschild kann eine womöglich nur anonym erstattete Anzeige den Polizisten ungeschützt zum Spielball für Beschuldigungen machen."*

Und dieser Bevölkerungsterror gegen die Polizei ist laut Schirrmacher nicht nur bei Polizeieinsätzen gegen Demonstranten, *„sondern auch bei vielen anderen konflikträchtigen Situationen des polizeilichen Alltags zu befürchten."*

Überhaupt werden wir in „Welt der Arbeit" von Schirrmacher über die polizeiliche Wirklichkeit richtig aufgeklärt und von polizeifeindlichen Vorurteilen befreit, wie sie leider (warum eigentlich?) sehr stark im Volk verbreitet sind. So stellt der GdP-Chef klar: *„Wenn Polizeibeamte es ablehnen, Namensschilder zu tragen, dann nicht deshalb, weil sie eventuelle Untaten in der Anonymität verbergen wollten. Das könnten sie auch gar nicht, wenn man berücksichtigt, daß jede ihrer Handlungen örtlich, zeitlich und namentlich vom Dienstherrn rekonstruiert werden kann. Vielmehr wollen sie vermeiden, daß mit ihrem Namen Schindluder getrieben wird."*

Das Interview mit Schirrmacher in „Welt der Arbeit" macht endlich einmal einsichtig, wie gut es ist, daß wir inzwischen auch eine Polizeigewerkschaft im DGB haben. Jetzt wird wenigstens dafür gesorgt, daß unsere Polizei nicht ungeschützt den ständigen Übergriffen seitens der Bevölkerung ausgeliefert ist. Wir leben ja schließlich in einem Staat, wo die Polizei das Volk kontrollieren und im Zaum zu halten hat und nicht umgekehrt. Nicht wahr Herr Schirrmacher?

Landesarbeitsgericht rechtfertigt bundesweite Aussperrung

Hamm. Im Frühjahr 1978 kämpften die Druckereiarbeiter für einen Tarifvertrag, der sie vor den Auswirkungen der Einführung neuer Satztechniken und des damit verbundenen Rationalisierungsterrors schützen sollte: Arbeitsplatzvernichtung, Abqualifizierungen und Abgruppierungen, Verschlechterung der Arbeitsbedingungen. Den Schwerpunktstreik, den die Gewerkschaftsführung ausgerufen hatte, konterten die Unternehmer der Druck- und Verlagsindustrie durch rücksichtsloses Ausnutzen ihrer wirtschaftlichen Macht. Sie verhängten die bundesweite Aussperrung.

Dieser brutale Willkürakt wurde jetzt in einem Urteil des Landesarbeitsgerichts für rechtmäßig erklärt. Das Gericht erklärte dazu, die Aussperrung gehöre zu den „historisch gewachsenen Arbeitskampfmitteln". Man kann an diesem Urteil klar sehen, wie die bundesdeutsche Arbeitsgerichtsbarkeit mit dem Streikrecht umspringt.



„Der Mehrung seines Vermögens gibt er sich mit demselben Eifer hin, den er in der Politik walten läßt." (Aus einer Broschüre der CSU)

IG-Metall-Chef Loderer ist vollends ins Lager der Strauß-Verteidiger übergelaufen. Nachdem die Redaktion der Gewerkschaftszeitung „Metall" eine beachtliche Breitseite gegen Strauß abgefeuert hatte, schlug Loderer die Hände über dem Kopf zusammen und fügte der Kanzlerwarnung, Strauß nicht zu „dämonisieren" eine originelle Wortschöpfung hinzu. Strauß dürfe weder „dämonisiert noch emporgeschmäht" werden, ließ er verlauten. Natürlich reicht es nicht, sich auf die Strauß'sche Vergangenheit zu beschränken. Aber es ist kaum möglich, die Gefahren der Kanzlerkandidatur von Strauß richtig einzuschätzen, wenn man sich nicht ein möglichst umfassendes Bild von Strauß, seinen Taten und Untaten, seinen Hintermännern und Affären macht. Auf diesem Gebiet halten wir es ganz mit Strauß, der im Rahmen des Wahlkampfes 1961 sagte: „Jeder, der sich um das höchste Amt bewirbt, muß seine Vergangenheit lückenlos aufzeigen können." (1)

Das Millionending

Ein gewisser Bernat Brach aus New York hatte den ganz heißen Tip. Das Pentagon (Kriegsministerium der USA) trug sich mit dem Gedanken, in Westdeutschland 3000 Wohnungen für Angehörige der amerikanischen Besatzertruppen bauen zu lassen. Die Sache, ein sogenanntes Housing-Projekt, war 300 Millionen Mark schwer. Brach war mit Lothar Schloß bekannt, einem dubiosen Bauunternehmer aus Bayern, der bisher vergeblich solchen Großaufträgen hinterhergelaufen war. Die beiden waren entschlossen, dieses Projekt mehrfache Millionäre zu werden. Doch es galt einige Hindernisse zu überwinden. Zunächst einmal mußte das Schloß'sche Architekturbüro wiederbelebt werden, denn Schloß war völlig bankrott. Außerdem brauchten sie einen potenten Fürsprecher, um die Amerikaner zu bewegen, gerade ihnen das Millionending zuzuschanzen. Da konnte Wolfgang Winkel weiterhelfen, ein alter Bekannter des verkrachten Architekten Schloß, denn Winkel war bekannt mit dem niederbayrischen Pressezar Dr. Hans Evangelist Kapfinger; der wiederum war ein Duz-Freund des Herrn Bundesverteidigungsminister Strauß.

1. Dezember 1959

An diesem denkwürdigen Tag nahm die Sache Formen an. Da fand nämlich die erste von Dr. Hans Evangelist Kapfinger angebahnte Begegnung zwischen Schloß und Strauß im Büro der CSU-Landesleitung in München statt. Danach kamen wieder Bauaufträge, vor allem Kasernen. Um das Architekturbüro wieder auf Vordermann zu bringen, machte er den frisch eingestellten Kurt Suske zum Teilhaber. Der von Bernat Brach vermittelte Rechtsanwalt und Notar Bock schoß 6000 Mark vor, das „Architekturbüro Lothar Schloß" stand, wenn auch notdürftig, auf den Beinen.

März 1960

In diesem Frühjahr stieg ein weiterer vom Millionending angelockter Bauunternehmer in das Architekturbüro ein. Karl Willy Braun, der es durch schwunghaften Handel mit Polstermöbeln zu einem kleinen Vermögen gebracht hatte, stieg als Kapitalgeber mit 40 Prozent ein; Schloß, Suske und Brach hielten je 20 Prozent, der Firmenname blieb.

13. April 1960

An diesem Tag wurde der Grundstein für die Affäre gelegt. Um an den Großauftrag heranzukommen, war es erforderlich, eine Aktiengesellschaft zu gründen und zwar die „Finanzbauaktiengesellschaft", kurz Fibag. Kapfinger sollte 25 Prozent des auf 500 000 Mark festgesetzten Fibag-Kapitals in Form von Gratisaktien erhalten. Dafür hatte er in Paragraph 6 des Vertrages die Verpflichtung übernommen, *„für dieses Projekt all seine Beziehungen einzusetzen und das Projekt ideell zu fördern."* (2) Das eigentliche Kapital von Kapfinger hieß Strauß. Anzumerken ist noch, daß die Eintragung dieser Firma niemals vorgenommen worden ist, sie also juristisch nie existiert hat.

1. Juni 1960

Strauß stellt dem Architekturbüro Lothar Schloß folgendes Schreiben zur Verfügung:

„Um das vorgenannte Projekt (das Housing-Projekt, Red.) zu realisieren, wurde von Herrn Schloß eine Aktiengesellschaft gegründet und von ihm heute den Ministerien die Planungsunterlagen, Kostenberechnungen und Finanzierungsvorschläge eingereicht. Ich begrüße und befürworte die Ausarbeitung dieser Vorlagen, weil sie der Durchführung eines im gemeinsamen Interesse liegenden Planes dienen. Ich bitte Herrn Schloß bei seiner weiteren Arbeit jede Unterstützung zu gewähren. gez. Strauß" (3)

Das Schreiben trug den offiziellen Briefkopf des Bundesverteidigungsministeriums und enthielt mehrere Unwahrheiten. Die Aktiengesellschaft war nicht gegründet. Es gab keine genauen Planungsunterlagen. Selbst die groben Skizzen, die Suske eingereicht hatte, wurden keiner Prüfung unterzogen. Am Rande sei erwähnt, daß schon jetzt zwischen Schloß, Braun und Brach die wildesten Intrigen wüteten. Man wollte sich gegenseitig ausschalten.

14. Juli 1960

Braun verkracht sich mit einem Finanzmakler, der mit Brach unter einer Decke steckt, und steigt aus. Für die übrig gebliebenen Fibagianer ist Gefahr im Verzug. Sie befürchten, Braun könne die Kapfinger-Strauß-Allianz auffliegen lassen. Sie setzten ihn dermaßen hart zu mit fingierten Telefonanrufen und Banktricks, daß Braun an den Rand des geschäftlichen Ruins getrieben wird.

20. Juli 1960

Das Kapfinger-Kapital, Franz Josef Strauß, geht weiter in die Offensive, denn noch gibt es keine Reaktion aus Übersee. Er schreibt in seiner Eigenschaft als Bundesverteidigungsminister an seinen amerikanischen Amtskollegen:

„Nach den meinem Ministerium zugegangenen Informationen ist die amerikanische Armee daran interessiert, eine beträchtliche Zahl von Wohnungen für Angehörige der US-Armee in Deutschland zu bauen. Das Bundesministerium für Verteidigung (...) hat (...) die Vorschläge des Architekturbüros Lothar Schloß (...) geprüft. Ich weise darauf hin, daß die von dem Architekturbüro vorgelegte Planung (...) als brauchbar bezeichnet worden ist. Wenn Sie daran interessiert sind, bitte ich Sie, diese (...) Planung prüfen zu lassen und zu verfolgen." (4)

4. August 1960

Als immer noch keine Reaktion erfolgt, schickt Strauß eine Kopie seines Schreibens an Kapfinger zur freien Verfügung. Doch die Chancen, die Millionen einzusacken, sanken auf Null, da Präsident Eisenhower die Housing-Pläne im Zuge einer wählerwirksamen Sparpolitik auf Eis legte.

Am Rande sei erwähnt, daß Kapfinger durch verschiedene Sittendelikte in Schwierigkeiten war. Seine ehemalige Geliebte wollte ihn vor Gericht bringen, was Schloß mit einem Bestechungsversuch über 10000 Mark vergeblich zu verhindern suchte.

24. März 1961

Der Skandal kommt ins Rollen. Braun verfaßt zusammen mit dem für die Fibag vorgesehenen Generalmakler Herrschaft eine eidesstattliche Erklärung: „In unserer Gegenwart unterschrieb er (Kapfinger) und wir (Schloß und Braun, Red.) den Vertrag (Fibag-Vertrag, Red.). Dabei äußerte er:

‚Ein Bombengeschäft, ohne einen Pfennig zu riskieren.' Seine Freude war nur etwas getrübt, weil er die Hälfte an Herrn Strauß weitergeben mußte. **(Hervorhebung von uns. Red.)** (5)

18. Mai 1961

Schloß bestätigt diesen Vorwurf gegenüber dem „Spiegel".

31. Mai 1961

Unter der Überschrift „Hans und Franz" berichtet der Spiegel über die Fibag-Affäre; der Fall dringt an die Öffentlichkeit.

Januar 1962

Rechtsanwalt Cramer — Straußens Anwalt in Nürnberg beim Märzprozess — sucht Braun auf, der mit Hilfe einer Zwischenfinanzierung des Baron von Pfetten, CSU-Mitglied und Strauß-Verehrer, dabei ist, sich geschäftlich wieder aufzurappeln. Cramer macht klar, daß es ohne eine Rehabilitierung von Strauß/Kapfinger mit der Zwischenfinanzierung nichts wird. Ferner sagt er:

„Schicken Sie sofort dem Spiegel ein Telegramm und untersagen Sie ihm die Verwendung Ihrer eidesstattlichen Erklärung vom 24.3. 1961. (...) Wenn Sie dieses Telegramm nicht schicken, dann haben Sie zwei Jahr Gefängnis sicher." (6)

23. Januar 1962

In dem bereits erwähnten Prozess wegen „sittlicher Verfehlungen" wird Pressezar und Straußfreund Kapfinger zu vier Monaten Gefängnis auf drei Jahre Bewährung und einer Geldstrafe von 5000 Mark verurteilt.

4. Februar 1962

Kapfinger erklärt eidesstattlich, daß am Tage der Unterzeichnung des Fibag-Vertrages nur Schloß, nicht aber Braun anwesend war.

15. Februar 1962

Kapfinger erklärt eidesstattlich, auch Braun sei dabeigewesen. Außerdem räumt er ein, die Äußerung im Zusammenhang mit Strauß möglicherweise gemacht zu haben.

Strauß, der wegen seines fortgesetzten Prozessierens u.a. auch gegen den Spiegel in Sachen Fibag den Spitznamen „Prozeßhansl" trug, unternahm keinerlei rechtliche Schritte gegen Kapfinger, obwohl er persönlich und das Amt eines Bundesministers dadurch in schweren Verruf kam.

27. Februar 1962

Winkel trifft mit Dipomvolkswirt Dr. jur. Busch zusammen und beauftragt ihn, Herrschaft durch das Angebot von 10000 Mark zum Widerruf seiner eidesstattlichen Erklärung vom 24. März 1961 zu bewegen.

2. März 1962

Erster Verhandlungstag eines Prozesses Spiegel gegen Strauß vor der 2. Zivilkammer des Landgerichts Nürnberg. Strauß hatte gegen den Spiegel in Sachen Fibag eine einstweilige Verfügung erwirkt, der Spiegel Widerspruch eingelegt. Braun antwortet auf die Frage, ob Kapfinger gesagt habe, Dr. Strauß sei beteiligt gewesen:

„In diesem Gespräch (unmittelbar nach der Unterzeichnung des Fibag-Vertrages am 13.4. 1960, Red.) *haben sich Dr. Kapfinger und Schloß unterhalten, daß der Herr Bundesverteidigungsminister Strauß unumgänglich nötig sei, daß er gebraucht werde wegen der Wohnungsgeschichte. Das wurde so in allgemeinen Sätzen abgetan. Kapfinger hat das dann in einem abschließenden Satz noch einmal wiederholt: ‚Nur schade, daß ich mit ihm teilen muß.'"* (7)

Schloß führt vor dem Landgericht aus: *„Es würde ein großes Geschäft für ihn (Kapfinger, Red.) werden ohne privaten Einsatz und — ich betone hier, wörtlich, ich bin selbst erschrocken, Sie dürfen mir das glauben —:* ***er müsse allerdings zu seinem Bedauern mit Herrn Minister Strauß teilen.*** *"* (8)

28. März 1962

Ein gewisser Herr Frederick von der Zeitschrift „aktuell" (Hintermann Kapfinger) versucht, Herrschaft durch massive Drohungen von einer Aussage gegen Strauß abzubringen.

10. und 12. April 1962

Schloß und Braun wiederholen ihre vor dem Landgericht Nürnberg gemachten Aussagen vor einem parlamentarischen Untersuchungsausschuß. Am 12. April wird Herrschaft wegen angeblicher Spionage für die DDR verhaftet. Strauß hat übrigens des öfteren versucht, die ganze Fibag-Affäre als bolschewistische Verschwörung darzustellen. Den zuständigen Staatsanwalt bekommt Herrschaft nie zu Gesicht, wohl aber den Staatsanwalt Gietl, der mit dem „Fall" Herrschaft nicht das geringste zu tun hat, wohl aber mit Ermittlungen in Sachen Strauß gegen Spiegel befaßt ist. Er fordert Herrschaft unverblümt auf, für Strauß eine Ehrenerklärung abzugeben. Obwohl dieser ablehnt, wird eine solche über die Presse verbreitet. Desgleichen wird wahrheitswidrig berichtet, auch Schloß und Braun hätten eine Ehrenerklärung für Strauß abgegeben. Nach 26 Tagen Haft wird Herrschaft wieder freigelassen.

1 Stern Nr. 15, Jg. 1975, S. 88
2 Erich Kuby, Im Fibag-Wahn oder Sein Freund, der Herr Minister, Hamburg 1962, S. 74
3 ebenda S. 88
4 ebenda S. 94
5 ebenda S. 82
6 ebenda S. 107
7 ebenda S. 83
8 ebenda S. 84

Die nächste Folge wird sich u.a. mit der Spiegel-Affäre befassen.



Dr. Hans Evangelist Kapfinger: „Lange habe ich gezweifelt, ob die Politiker und Journalisten, die derzeit ein wahres Kesseltreiben gegen mich veranstalten, Verbrecher oder minderwertige Deutsche sind, die ins Narrenhaus gehören."

Filbinger klagt gegen den „Roten Morgen"

Am Donnerstag dieser Woche steht die ehemalige verantwortliche Redakteurin des RM, Renate Schneider, vor dem Amtsgericht in Dortmund. Angeklagt wegen „Beleidigung" — den Strafantrag stellte der Ex-Nazirichter Filbinger, bis heute Vorstandsmitglied der CDU.





Ex-Nazirichter Filbinger und der Matrose Walter Gröger, den Filbinger erschießen ließ.

Es geht dabei um den RM-Artikel vom 11.8.78 „Stuttgarter fordern Rücktritt Filbingers", in dem — so die Anklageschrift — „der Ministerpräsident a.D. Dr. Dr. h.c. Filbinger mehrfach als ‚Nazi-Mörder' und einmal als ‚Verbrecher' bezeichnet worden ist." Die Strafanzeige hatte Hitlers früherer Blutrichter übrigens zu einem Zeitpunkt gestellt, wo er unter dem breiten Protest der Werktätigen von seinem Stuttgarter Regierungsamt schon hatte zurücktreten müssen.

Seine Anzeige und der Prozeß gegen den „Roten Morgen" sind eine Provokation aller Antifaschisten, aller Werktätigen, die im vergangenen Jahr immer nachdrücklicher und schließlich mit Erfolg gefordert hatten: Filbinger muß zurücktreten! Erinnern wir uns: Im letzten Sommer kamen Stück um Stück die blutigen Tatsachen aus der NS-Vergangenheit dieses CDU-Spitzenpolitikers ans Tageslicht. Nicht von ihm selbst auf den Tisch gebracht, sondern gegen sein hartnäckiges Leugnen, Lügen und Vertuschen von Journalisten in verschiedenen Archiven ausgegraben.

Gegen den jungen Matrosen Walter Gröger, der genug hatte vom Morden der Hitlerschen Kriegsmaschine und sich aus der faschistischen Armee absetzen wollte, hatte Filbinger das Todesurteil beantragt. Und er ließ es sich nicht nehmen, als „leitender Offizier für das Vollstreckungsverfahren" an der Hinrichtung Grögers persönlich teilzunehmen. Bezeichnend für den damaligen Prozeß und die Gesinnung des Nazi-Anklägers Filbinger ist eine Aussage von Walter Grögers norwegischer Freundin, die seinerzeit als Zeugin dem Prozeß beiwohnen und die übelsten Beschimpfungen über sich ergehen lassen mußte. Sie sagte im vergangenen Jahr: „Ich wache oft nachts auf und sehe den Ankläger vor mir: ‚Du bist ein Tier, schlimmer als eine Ratte'."

Zwei weitere Matrosen wurden von Filbinger, diesmal in seiner Eigenschaft als Richter, zum Tode verurteilt. Und noch nach dem Zusammenbruch der faschistischen Diktatur, nach der Kapitulation, wütete der Blutrichter weiter. In einem britischen Kriegsgefangenenlager verfolgte er den Obergefreiten Kurt Olaf Petzold weiter mit der faschistischen Terrorjustiz. Er verurteilte ihn zu sechs Monaten Gefängnis wegen „Gesinnungsverfalls". Und welchen „Verbrechens" hatte sich Petzold schuldig gemacht? Er hatte von seiner Uniform das verhaßte Hakenkreuz abgerissen und gerufen: „Ihr habt uns angeschissen, ihr Nazihunde, ihr seid schuld an diesem Krieg!" Jahre später, 1972, sagte Kurt Petzold aus, Filbinger habe in der damaligen Verhandlung — wie gesagt drei Wochen **nach** der Kapitulation — „unseren geliebten Führer" gerühmt, der „das Vaterland wieder hochgebracht" hätte.

Alles, was bislang bekannt geworden ist über die Tätigkeit Filbingers als Blutrichter in Hitlers Diensten, schlägt den unverschämten Beteuerungen dieses Mannes ins Gesicht, er sei in Wahrheit ein Gegner der Nazi-Diktatur gewesen. Mehr noch. Die Tatsachen belegen auch, daß Filbinger nicht das kleine Rädchen in der faschistischen Justizmaschine war, das gegen seinen Willen „von oben" in Bewegung gesetzt wurde. Dieser Richter war ein aktiver Vollstrecker der mörderischen Nazijustiz. Es gibt genug Beispiele dafür, daß sich andere Kriegsrichter in genau den gleichen Fällen, wie sie von Filbinger bearbeitet wurden, auch **gegen** den Willen der Generalität weigerten, Todesstrafen zu verhängen. Filbinger aber ließ exekutieren. Ganz zu schweigen davon, daß er selbst nach der Befreiung noch als Nazirichter auftrat. Wie soll man denn eine solche barbarische Tätigkeit, wie soll man denn einen solchen Mann nennen?

Die Werktätigen in der Bundesrepublik haben sich jedenfalls ihr Urteil über Filbinger gebildet. Und während im vergangenen Jahr alle bürgerlichen Parteien den „Filbinger-Skandal" nur darauf beschränken wollten, daß dieser Mann immer wieder schamlos gelogen hat, forderten die Werktätigen seinen Rücktritt, eben weil er ein aktiver Blutrichter Hitlers war, der jungen Menschen den Tod brachte, weil sie sich weigerten, den Befehlen der faschistischen Militärs nachzukommen.

In dem jetzt angeklagten RM-Artikel schrieben wir im vergangenen August: „Nicht, daß Filbinger durch hartnäckiges Lügen seinen Posten zu halten versucht, ist der eigentliche Skandal bei dieser Angelegenheit, sondern daß er so lange Ministerpräsident in diesem ‚freiheitlich-demokratischen Staat' und stellvertretender Vorsitzender einer der ‚demokratischen' Parteien dieses Staates sein kann. Denn was kann deutlicher zeigen, wes Geistes Kind dieser Staat und seine ‚demokratischen' Parteien sind?"

Dem ist nur noch hinzuzufügen, daß dieser enttarnte Nazirichter heute nach wie vor Mitglied im Bundesvorstand der CDU und gar Ehrenvorsitzender dieser Partei in Baden-Württemberg ist. Und dieses bewußte und provokatorische Festhalten der CDU, die sich jetzt unter dem Kanzlerkandidaten Strauß auf die Regierungsübernahme in Bonn vorbereitet, an dem Altfaschisten und Blutrichter Filbinger ist nach wie vor eine Bedrohung der Werktätigen in unserem Land.

(Über den Ausgang des Prozesses werden wir in den nächsten RM berichten.)

Entschädigung für Kapplers Witwe?

Eine Entschädigung fordert jetzt auch noch die Heilpraktikerin Anneliese Kappler-Wenger für ihren verstorbenen Mann, den berüchtigten SS-Obersturmbannführer und SS-Polizeichef von Rom, Herbert Kappler. Kappler hatte 1944 in einer „Vergeltungsaktion" 335 Italiener erschießen lassen und war deshalb 1948 in Italien zu einer lebenslangen Freiheitsstrafe verurteilt worden. 1977 wurde er von seiner Frau, und offenbar unter Mithilfe der Bundesbehörden, aus einem italienischen Militärhospital „befreit" und nach Deutschland gebracht. Seine Witwe will jetzt seine Anerkennung als „Kriegsgefangener" durchsetzen. Nach dem „Kriegsgefangenen-Entschädigungsgesetz" können bis zu 12000 Mark gezahlt werden.

Kein Verfahren gegen Freislers Knechte

Erneut ist ein Ermittlungsverfahren gegen die Mitglieder des berüchtigten „Volksgerichtshofs" der Nazis, der unter Leitung seines Präsidenten Roland Freisler stand, von der Staatsanwaltschaft eingestellt worden. Der amerikanische Hauptankläger von Nürnberg, Kempner, hatte das Verfahren aufgrund eines beweiskräftigen Dokumentarfilmes beantragt, der vor einiger Zeit in den Kinos gezeigt wurde. Der Staatsanwalt ließ die Beweiskraft dieses Filmes nicht gelten.

Der Volksgerichtshof hat von 1942 bis 1944 insgesamt 4951 Todesurteile gegen antifaschistische Widerstandskämpfer verhängt.

„Beweisnot" im Kühnen-Prozeß:

Kühnen will Legalisierung der NSDAP

Beisitzender Richter wegen SPD-Mitgliedschaft als „befangen" abgelehnt!

Der Prozeß gegen die Kühnen-Bande, die der Bildung einer faschistischen terroristischen Vereinigung und mehrerer bewaffneter Anschläge und Banküberfälle angeklagt ist, ruft wegen seiner skandalösen Prozeßführung selbst den Protest der bürgerlichen Presse hervor.

So schreibt die „Zeit" in ihrer Ausgabe vom 13.7.79: „Die noch ausstehenden Verhandlungstage bis zum 5. September, dem voraussichtlichen Prozeßende, lassen weiterhin Schlimmes befürchten. Nicht zuletzt das Urteil selbst, das auf Grund der dürftigen Ermittlungen der Bundesanwaltschaft und der bisherigen Beweislage zumindest für Michael Kühnen wohl kaum anders ausfallen kann als ‚Rührt Euch und weitermachen'."

Was hier mit „dürftigen Ermittlungen der Bundesanwaltschaft" umschrieben wird, dahinter verbirgt sich viel mehr. Es muß dem unbefangenen Beobachter anmuten wie eine stillschweigende Übereinkunft der Justiz mit den faschistischen Angeklagten, das nur ein Ziel hat: die Aufwertung der Neofaschisten und die Legalisierung der NSDAP! Dieses Ziel wird durch die Prozeßtaktik Kühnens geschickt verfolgt und durch das Verhalten von Staatsanwalt und Richter begünstigt.

Es ist kein Pappenstiel, dessen die sechs Neofaschisten angeklagt sind: Bildung einer „Werwolf-Untergrundorganisation". Überfall auf die Bismarck-Kaserne in Wentorf bei Hamburg und Erbeutung eines NATO-Gewehrs. Überfall in Köln und Erbeutung von Schmuck, Geld und zwei Jagdgewehren im Werte von insgesamt 60000 Mark. Überfall auf ein Munitionsdepot in Reinbek bei Hamburg, wobei 1000 Schuß Munition gestohlen werden. Banküberfall in Hamburg, Beute: 66000 Mark und Überfall auf den Truppenübungsplatz Bergen-Hohne, bei dem vier niederländische Soldaten überfallen, brutal mißhandelt und ihrer Maschinengewehre beraubt wurden.

Normalerweise hätte allein eine dieser Taten ausgereicht, um sofort großangelegte Fahndungsaktionen auszulösen, und die gefaßten Terroristen hätten sich auf eine Behandlung à la Stammheim einstellen müssen. Nicht so im Falle der Nazi-Terroristen. Erst als die Angeklagten Schulte und Wegener die Beteiligung an den Überfällen zugeben und den Bandenchef Kühnen schwer belasten, wird Anklage erhoben. Aber selbst der Staatsanwalt mußte in der Anklageschrift zugeben, daß die Waffenerbeutung der Vorbereitung von Gewaltaktionen (auch Mord und Totschlag) diente und daß Kühnen zunächst dafür „logistische Depots" anlegen wollte.

Jetzt aber stellt sich Kühnen als Engel hin, dem jede Gewaltanwendung fernliege. Er sehe „einen politischen Weg", den Weg der Legalisierung der NSDAP. Und auch Wegener und Schulte haben plötzlich ihre Aussagen widerrufen und behaupten steif und fest, Michael Kühnen habe mit den Gewaltaktionen nicht das geringste zu tun. Ihre ersten Aussagen hätten sie in einer Situation der „psychischen Depression" gemacht, wofür sie Gutachten beibringen wollten.

Was die Spatzen von den Dächern pfeifen — daß dieser „Gesinnungswandel" das Ergebnis der mühsamen Bearbeitung durch die Anwälte (die meisten sind NPD-Faschisten) ist — der Anklagevertreter, Oberstaatsanwalt Karge, sieht es nicht. „Resignierend" stellt er seine „Beweisnot" fest, die durch das Umfallen seiner „Kronzeugen" hervorgerufen worden sei. Eine Nachtragsklage wurde ihm verwehrt. Aber das stört ihn auch nicht. Gegenüber Journalisten gab dieser Staatsanwalt seine Einstellung zum besten: „Wir haben keine Gesinnungsjustiz. Wenn einer sagt: ‚Ich bin ein Nazi', dann ist das doch nicht verboten."

So droht der Faschist Kühnen und seine Bande einer ernsthaften Bestrafung zu entgehen. Und während im Verhandlungsraum sich die faschistischen Zuschauer, Angeklagten und Anwälte wie zu Hause fühlen können, während der Faschist Geiss (Hitler-Gruß am Kappler-Grab) abwechselnd als Journalist, Prozeßbeobachter und als „Zeuge" fungiert, wird der Prozeß in eine neofaschistische Propagandastätte verwandelt.

Ausführlich beleuchtet Kühnen seine Politik, wonach die Legalisierung der NSDAP nur ein Etappenziel zu einer antidemokratischen Führer-Diktatur nach Hitlers Vorbild sei. Und ihm gelingt es schließlich, einen Antrag durchzusetzen, nach dem der US-amerikanische Nazi-Führer und Initiator der sogenannten NSDAP/AO, Gerry Lauck, zur „Aussage" nach Westdeutschland einreisen darf, obwohl er eigentlich Einreiseverbot hat. Am 23. August wird dieser Lauck in, vom Gericht garantierten, „freiem Geleit" vor den Richtern dieselbe Propaganda für die Legalisierung der NSDAP entfalten, die Hunderte von neofaschistischen Gruppen in der Bundesrepublik schon auf sein Geheiß betreiben.

Statt diese illegalen Bestrebungen aller neofaschistischen Banden zum Gegenstand von Strafverfahren zu machen, verlieren sich Richter und Staatsanwalt in kriminalistischen Detail-Diskussionen und gestatten gleichzeitig den Faschisten der verschiedensten Organisationen, als Zeugen oder Zuschauer, die NSDAP-Propaganda zu unterstützen. Das geht so weit, daß selbst der Staatsanwalt in nahezu denselben Worten wie der Faschist Kühnen während des Prozesses die Möglichkeit der Legalisierung der NSDAP zu bedenken gibt! Was soll man da von diesem Prozeß und von diesem Gericht noch erwarten?

Und das ist der Stil, in dem die Verhandlung abläuft: Der NPD-Faschist Peter Stöckicht, Verteidiger des Angeklagten Puls, stellt zum Beispiel einen Befangenheitsantrag gegen Richter Volkart wegen dessen SPD-Mitgliedschaft. Das Mitglied einer „Partei von Agenten Moskaus", in der „Landesverräter" wie Brandt und Wehner wirken, könne „gegen Nationalsozialisten nicht objektiv Recht sprechen". Keine Zurückweisung dieser Ungeheuerlichkeit, keine Ordnungsstrafe durch Richter oder Staatsanwalt. Stattdessen nur ein juristischer Hinweis des Staatsanwalts: „Die SPD-Mitgliedschaft ist kein Makel im Sinne der Strafprozeßordnung!" Man hört fast das Bedauern aus seinen Worten heraus.

Schon einmal war es so, daß selbst die Mitgliedschaft in der SPD ein „Makel" im strafrechtlichen Sinne war. Damals wurden einfache Sozialdemokraten zu Tausenden in die KZs geworfen, während Faschisten vom Typ eines Kühnen die Herren des Staates waren. Schon einmal hat die Justiz den Nazis durch eine wohlwollende Behandlung der SA- und SS-Banden einerseits und ein hartes Vorgehen gegen Kommunisten andererseits den Weg zur Macht geebnet. Das Verhalten von Richter und Staatsanwalt ist kein Ausrutscher, sondern steht gerade in dieser Tradition.

Auch heute drängt das Finanzkapital wieder auf die faschistische Machtergreifung, wie die Kanzlerkandidatur eines Strauß zeigt. Auch heute soll die bürgerliche Justiz wieder ihre Rolle dabei spielen. Das zeigte sich bereits an den Prozessen gegen KZ-Mörder, und das zeigt sich genauso an den erstmalig durchgeführten Prozessen gegen Neonazis.

Parteienprivileg eingeschränkt

Nach einem Grundsatzurteil des Bundesgerichtshofes ist jetzt das Parteienprivileg eingeschränkt worden. Demnach darf eine Partei keine „verfassungsfeindliche Verunglimpfung von Verfassungsorganen" vornehmen, auch wenn sie sich darauf beruft, nach der politischen Linie der Partei zu handeln. Dieses Urteil richtet sich vor allem dagegen, daß die Organe des Bonner Staates von den Kommunisten angegriffen und entlarvt werden können. So soll die kommunistische Agitation und Propaganda immer stärker eingeschränkt werden.

Anlaß dieses Urteils war ein Verfahren gegen ein KBW-Organ, in dem Ehrenberg als „Blutsauger" und „Lump" bezeichnet worden war.

Schreibt an Dieter Vogelmann!



Wegen seiner angeblichen Teilnahme an der Demonstration zum Roten Antikriegstag 1972 in München ist Dieter Vogelmann zu einem Jahr Gefängnis verurteilt worden. (Der RM berichtete wiederholt darüber). Im folgenden veröffentlichen wir Dieters Adresse mit der Aufforderung an unsere Leser, ihm ins Gefängnis zu schreiben. Dieter Vogelmann, JVA Attendorn, Biggeweg 5-7, 5952 Attendorn.

Wie gleich waren wir am Tage der Währungsreform?

Volkskorrespondenz aus Bochum

Angeregt von eurer Serie über die Rettung des Kapitalismus in Westdeutschland und die Entwicklung der Bundesrepublik zu einer neuen imperialistischen Macht, möchte ich noch einiges zum Thema Währungsreform beisteuern.

Am Tage X, dem 20. Juni 1948, hatten alle Bewohner der drei Westzonen tatsächlich ganze 40 Mark Bargeld in der Hand, und so entstand der Eindruck der Gleichheit aller, nämlich der gleichen Armut und Mittellosigkeit. Wieso aber war es möglich, daß es schon wenige Tage nach der Währungsreform auf der einen Seite Millionäre und auf der anderen Arbeitslose gab?

Das Mittel dazu war die Warenhortung. Die Waren, für deren Herstellung die Arbeiter mit wertlosen Papierlappen, der sogenannten Reichsmark, bezahlt wurden, kamen, bis auf das absolute Minimum, nicht auf den Markt, sondern wanderten in mehr oder weniger umfangreiche Warenlager, je nachdem, wer da hortete, ein Fabrikant oder ein kleiner Ladenbesitzer. So kam es, daß man auch auf Marken oder Bezugsschein oft nichts bekam, weil „nichts da war". So gab es zum Beispiel in Bayern im April und Mai 1948 auch auf Fettmarken nicht ein einziges Gramm Fett, sondern, als „Ausgleich", 250 Gramm unraffinierten braunen Zucker aus Kuba. Die letzten zwei Wochen vor der Währungsreform verkauften die Ladenbesitzer so gut wie nichts. Sie horteten für den Tag X, und das machte sich für sie bezahlt.

Entscheidend nämlich war nicht, wieviel Geld ein jeder am 20. Juni 1948, einem Sonntag, besaß, sondern, wohin es schon einen Tag danach floß. Es floß durch die Kassen der Ladenbesitzer und über den Großhandel zu den Fabriken und Konzernen, wo sich schon wenige Tage nach der Währungsreform immense finanzielle Mittel konzentrierten. Das stabilisierte weiter die alten gesellschaftlichen Verhältnisse, die vor der Währungsreform ziemlich ins Wanken geraten waren.

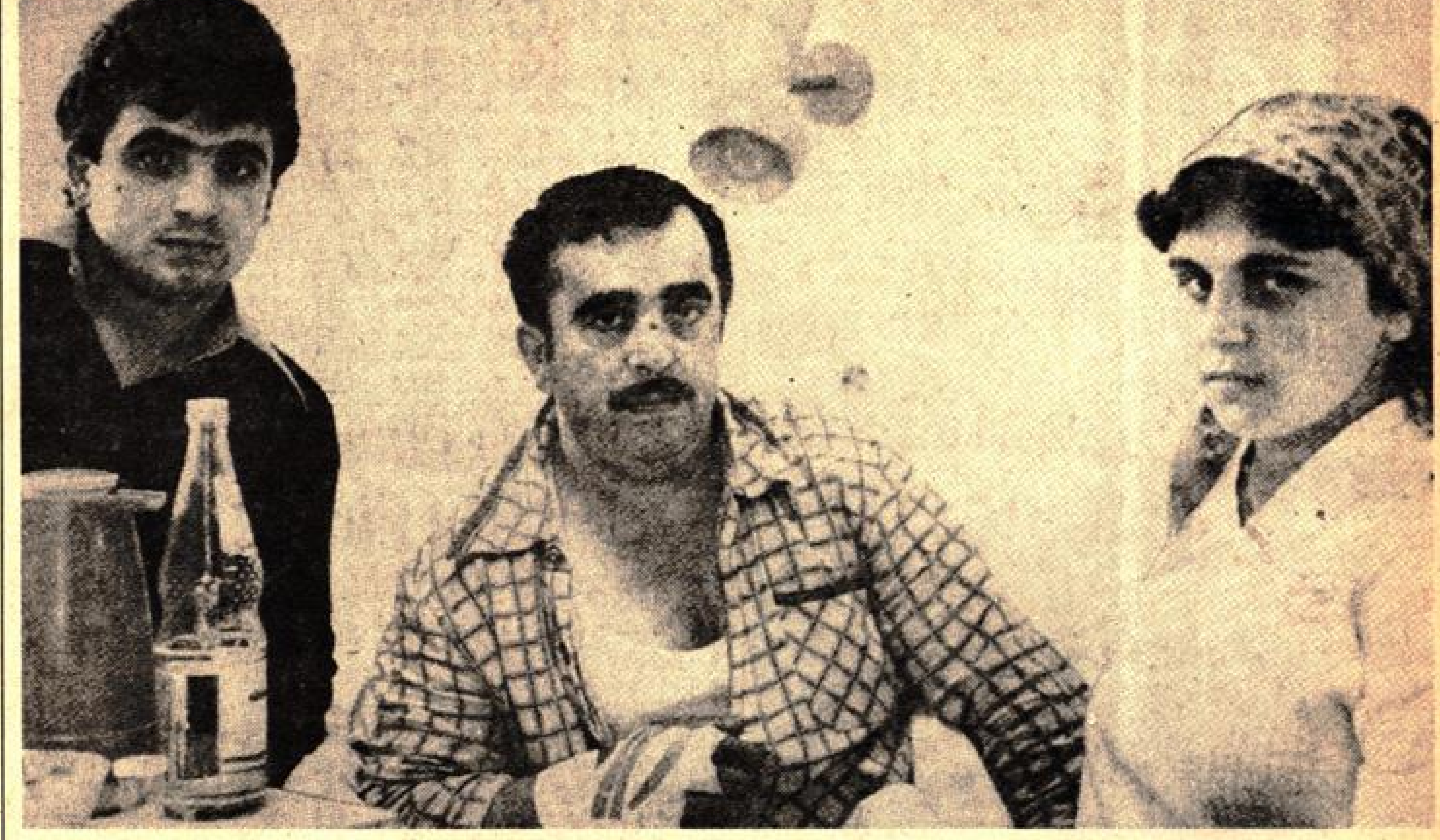
Bleiben wir noch eine Weile bei der Zeit vor der Währungsreform. Die vorherrschende Art des Handels war da der Schwarzhandel, denn das, was man auf Lebensmittelmarken oder auf Bezugsschein erhielt, wenn man es überhaupt erhielt, reichte hinten und vorne nicht. Dieser Schwarzhandel war überwiegend Tauschhandel. Wer zwei Stück Seife hatte, versuchte, mit einem Stück auszukommen und tauschte das andere gegen etwas, was er unbedingt brauchte, zum Beispiel Butter, Speck oder Eier.

In diese Art von Schwarzhandel waren alle verwickelt, der eine mehr, der andere weniger, denn ohne Tauschhandel gab es kein Überleben.

Jedoch war dieser Handel illegal und wurde von den Besatzern und ihren deutschen Helfershelfern auf das schärfste bekämpft. Die Leute, die mit Tauschwaren aus den Städten aufs Land fuhren, nannte man Schieber und Hamsterer. Nur zu oft fielen sie Polizeirazzien in die Hände. Ich erlebte eine solche Razzia auf dem Bahnhof in Ingolstadt. Sie nahmen den Leuten alle eingetauschten Waren weg und erstatteten auch noch Anzeige wegen Verletzung der Rationierungsvorschriften. Ich selber hatte da gar nicht „gehamstert", war in anderen Angelegenheiten unterwegs. Dennoch requirierten die deutschen Polizisten die zwei Margarinebrote, die ich mithatte. Ihre amerikanischen Aufpasser standen kaugummikauend dabei.

Anders bei den Großen. Die befaßten sich auch mit Schwarzhandel, nur hieß das bei denen Kompensationsgeschäfte. Ein Beispiel: Eine Fabrik produzierte Rohre, sie verkaufte sie aber nur jemandem, der ihr Ziegel für den Wiederaufbau verkaufte. Die Ziegelei konnte die Rohre natürlich nicht brauchen, wohl aber Schienen und Loren, um den Betrieb zu erweitern. Sie verkaufte die Rohre an einen Schienen- und Lorenhersteller. Dieser reichte sie an ein Stahlwerk weiter, denn er brauchte ja Stahl und Eisen, und so weiter. Gegen diese Art von Schwarzhandel griffen die Besatzer natürlich nicht ein, im Gegenteil, sie ließen ihn sogar von den Wirtschaftsämtern offiziell sanktionieren. So kam es, daß am Tage X zwar alle nur über DM 40,— Bargeld verfügten, aber die meisten eben nur über dieses Bargeld plus ihre Arbeitskraft, der Handelsstand und die Fabrikherrn aber über DM 40,— plus Fabrikanlagen und Warenbestände im Wert von -zigtausend bis vielen Millionen Mark. Das war die berühmte Gleichheit, mit der wir anfangen mußten.

Schon wenige Tage nach der Währungsreform verschwanden die häßlichen Verschalungen der Läden, und hinter nagelneuen Scheiben stapelte sich ein für die meisten unerschwingliches Warenangebot. Leuchtreklamen wurden allenthalben montiert, und Glanz zog ein in die zerbombten Städte. Er übertünchte, was es da an Häßlichem gab: Millionen Arbeitslose, Hungerlöhne — 77 Pfennig die Stunde —, heftig steigende Mieten, Entbehrungen im Angesicht voller Läden. Eben — das Wirtschaftswunder.



Schwer verletzt und arbeitsunfähig: Mehmet Yildiz (43) mit einem Freund und seiner Tochter

Türkischer Arbeiter von der Polizei verprügelt

Volkskorrespondenz aus Herne

Die WAZ berichtete, daß in Wanne-Eickel vor einigen Tagen ein türkischer Arbeiter von einem Polizisten mißhandelt wurde. Ich sprach mit Mehmet Yildiz, 43 Jahre, Vater von fünf Kindern.

Ein Hausbewohner hatte ihn beschuldigt, die Haustüre offengelassen zu haben und forderte ihn provokativ auf, nach draußen zu gehen, um sich zu schlagen. Mehmet hat daran kein Interesse, wird sofort angegriffen und sein Nasenbein zertrümmert, ein tiefer Riß an der Hand ist die weitere Folge.

Die Polizei kommt, will auf der Stelle Mehmets Personalien aufnehmen, überprüfen. Was normal und üblich ist, sagt auch Mehmet Yildiz: „Erst ins Krankenhaus, dann die Papiere."

Aber die Argumente der Polizei sind bekanntlich nicht so menschenfreundlich. Eine Verstärkung der Polizei trifft ein, mit Gewalt wird der türkische Arbeiter zur Wache gebracht, unterwegs beschimpft, daß er „hier nicht in der Türkei" sei, „hier geht es anders zu."

Er wird von zwei Gummiknüppelschlägen ins Genick getroffen. Als der Polizist weiterprügeln will, wird das von einem anderen Polizisten verhindert.

Erst nach fast einer halben Stunde — die Personalien waren festgestellt und die Ordnung in Wanne-Eickel wieder hergestellt — wurde der Arbeiter ins Krankenhaus gebracht. Diagnose: Gehirnerschütterung, komplizierter Nasenbeinbruch, Schnittverletzung an der Hand, Blutergüsse, Prellungen am Hals und am Nacken, die vom Schlagstock herrühren — so der Arzt. Mehmet leidet noch immer an starken Kopfschmerzen. Die Polizei ist natürlich völlig schuldlos: Mehmet Yildiz sei von keinem Beamten angefaßt, geschweige denn geschlagen worden...

Mehmet hat gegen die Polizei Strafanzeige wegen Körperverletzung gestellt. Seinen Glauben an die „Demokratie" hier hat er verloren — das besorgten die uniformierten Wächter der „freiheitlich-demokratischen Grundordnung".

Ausländerhetze in Versform

Volkskorrespondenz aus Duisburg

In den letzten Ausgaben des RM habt ihr ja darüber berichtet, welche üble faschistische Hetze zur Zeit in unserem Land gegen unsere ausländischen Kollegen betrieben wird. Und daß dies nicht nur Ergüsse einiger braun gesinnter Elemente sind, sondern eine systematisch mit den verschiedensten Methoden betriebene Hetze ist, zeigt folgendes Beispiel:

Kürzlich waren wir zu Besuch bei Verwandten in Hamburg und erfuhren, wie bei der Firma Beiersdorf Ausländerhetze betrieben wird.

Suleika, meine liebe Frau!
Jch nix mehr arbeiten am Bau.
Auch viel Kollega schon entlassen,
Polier sagt: „Nix mehr Geld in Kassen."
Doch Allah hat mich nicht verdammt,
war gestern schon beim Arbeitsamt.
Weil ich ein Jahr noch Aufenthalt,
komm ich nach Hause nicht so bald.
Muß meiden noch Moschee und Tempel
zeig Arbeitsamt Papier, macht Stempel.
Das ganze Arbeit – nicht mehr bücken,
und kann noch immer Geld dir schicken.
Hier scheint mir alles wie verhext,
nur schlafen noch und Konto wächst....
O Deutschland, schönstes Land der Welt
Nix Arbeit und viel Stempelgeld...

Dort kursiert nämlich in den Abteilungen die Fotokopie des beiliegenden „Gedichtes". Auf einmal war es da, keiner weiß woher, kein Verfasser stand darunter. Es soll geradezu der Eindruck entstehen, das Schmierwerk hätte irgendein Kollege verfaßt.

So weit, so schlecht! Ihr könnt euch aber vorstellen, wie mir zumute war, als ich die Woche darauf wieder zur Arbeit in Moers ging, und das erste, was mir da in die Hand gedrückt wurde, war: genau das gleiche Gedicht, nur, daß sich diesmal einer die Mühe gemacht hat, das Ganze in gesetzter Schrift zu verfassen.

Zufall? Wohl kaum. Offensichtlich, daß der Verfasser dieses faschistischen Machwerks über unzählige dunkle Verbindungen verfügt, um sein Pamphlet dahin zu bekommen, wo es hin soll, in die Betriebe. Ohne Zweifel dürften die Betriebsleitungen nicht ganz unbeteiligt sein an dieser offensichtlich bundesweit betriebenen Aktion. Traurig, daß einige Kollegen noch auf so etwas hereinfallen. Auf unserer Abteilung wurde nach kurzer Zeit mit den Kollegen dieses Machwerks beseitigt und liegt euch nun vor.

Bestellen Sie Informationsmaterial der KPD/ML

○ Ich bitte um Zusendung weiterer Materialien der KPD/ML

○ Ich bitte um Zusendung einer Probenummer des „Roten Morgen"

○ Ich möchte den „Roten Morgen", das Zentralorgan der KPD/ML, abonnieren

○ Ich möchte zu Veranstaltungen der KPD/ML eingeladen werden

Name: ....

Straße: ....

Plz/Ort: ....

Datum: .... Unterschrift: ....

Ausschneiden und einsenden an das **Parteibüro der KPD/ML, Wellinghofer Straße 103, Postfach 300526, 4600 Dortmund 30.**

Veranstaltungen der KPD/ML zum Roten Antikriegstag 1979

Bremen (Spaden): 31. August, 20 Uhr, Gaststätte Gundermann, Leherstr. 52. Abfahrt in Bremen: 19 Uhr, Waller Seebad.

Dortmund: 30. August, 19.30 Uhr, Haus Göbeln, Schützenstraße.

Duisburg (Meiderich): 24. August, 19 Uhr, Haus Hirtz, Emmericher Str. 104.

Essen: 29. August, 19 Uhr, Gaststätte Birkenauer, Mörikestr.

Hamburg: 1. September, 20 Uhr, Gaststätte Jarrestadt, Jarrestraße.

Herne: 27. August, 19 Uhr, Gaststätte Rychwald, Neustraße.

Kiel: 25. August, 17 Uhr, Gaststätte Waidmannsruh, Ecke Eckernförderstraße/Koppelspahlerallee (Buslinie

Stuttgart (-Ost): 9. September, 11 Uhr, Gaststätte Friedenau, Rotenbergstr. 127.

Westberlin (Wedding): 30. August, 19 Uhr, Hertha-Domizil, Jülicher/Ecke Behmstraße.

Witten: (Annen), 30. August, 19.30 Uhr, Gaststätte Diergarten, Herdecker Straße.

Wolfsburg: 25. August, 19 Uhr, „Löwenhof", Restaurant „Mazedonien-Grill", Saarstraße 23.



Eine Woche lang sammelten die Vertrauensleute der AEG-Kanis Unterschriften in der Innenstadt.

Lieber Leser!
Wir wollen unsere monatliche Bildseite attraktiver machen! In diesem Zusammenhang präsentieren wir Euch die vorliegende. Das Fotomaterial samt Kommentar wurde uns von Essener Genossen eingeschickt. Als sie von der Schließung der Gasturbinenfabrik AEG-Kanis hörten, haben sie nicht lange hin und her überlegt, sondern sind gleich wie der sprichwörtliche „rasende Reporter" losgezogen. Uns gefällt das Ergebnis, wir wollen es zur Nachahmung empfehlen. Also: Augen und Ohren auf, die Linse geputzt (Film einlegen nicht vergessen!!); vielleicht können wir dann im nächsten Monat mit einer ähnlichen Seite aufwarten. Die ganze „Knipserei" hat außerdem einen sehr wichtigen Begleiteffekt. Man bekommt jede Menge Kontakte. Und die brauchen wir ja!





Seit einiger Zeit ist bei der AEG-Kanis eine Kollegengruppe in Erscheinung getreten, die die Stillschweigetaktik des Betriebsrats durchbrochen hat. Sie gibt die Zeitung „Turbine" heraus.

AEG-KANIS MUSS BLEIBEN!

WIR SOLLEN DIE ZECHE BEZAHLEN!

Wir sollen die Last der Krise tragen

Kommunistische Partei Deutschlands / Marxisten-Leninisten

Genossen der Partei verteilen Flugblätter vor dem Tor.


Während die Aktionäre des AEG-Telefunken-Konzerns aus dem vollen schöpfen, billigen sie die Sanierung des Konzerns auf Kosten der Belegschaft. Noch in diesem Jahr sollen im Konzernbereich 15 000 Arbeitsplätze vernichtet werden.

Die Massenentlassungen müssen vom Tisch

Als wir von den bevorstehenden Massenentlassungen von AEG-Kanis hörten, haben wir uns gleich den Fotoapparat geschnappt und auf die Socken gemacht. Die Belegschaft von AKE quittierte den Stillegungsbeschluß sofort mit einem mehrstündigen Warnstreik und einer Demonstration zum Rathaus. Das Bild von der Demonstration hat uns übrigens ein Kollege von der Gruppe um die Zeitung „Turbine" zur Verfügung gestellt. In der Essener Innenstadt sammelten Gewerkschaftler eine Woche lang Unterschriften gegen die Schließung, insgesamt knapp 20 000. Da haben wir erst mal ordentlich mitgeholfen, mit Vertrauensleuten diskutiert und ein paar Fotos geschossen. Dann mußte natürlich noch ein Bild vom Werk dabei sein, denn darum geht der Kampf ja schließlich. Als der Pförtner uns auf unsere höfliche Frage hin das Fotografieren auf Werksgelände verbot, waren die Bilder längst im Kasten. Und als Genossen der Partei vors Tor gingen, um den Kollegen die Solidarität der KPD/ML auszudrücken und um Flugblätter zu verteilen, lagen wir schon auf der Lauer. Beim „großen Fressen" auf der Aktionärsversammlung von AEG-Telefunken konnten wir (leider) nicht teilnehmen, aber wenn man ein wenig in Zeitschriften herumblättert, kann man auch solche entlarvenden Sachen finden. Bestimmt kann man das alles noch viel besser aufziehen, aber uns hat die Sache Spaß gemacht und wir würden uns freuen, wenn wir viele Nachahmer finden würden.



Am Dienstag, den 24. Juli, nahmen etwa 1 000 Kollegen nach der Frühstückspause die Arbeit nicht mehr auf. Geschlossen marschierten sie zum Rathaus.



Polnische Urlauber an der rumänischen Grenze: Benzin nur noch gegen Westgeld!

Preisexplosion in Osteuropa

Die Massen sollen die Folgen der Krise tragen

Einen neuen dramatischen Höhepunkt hat die inflationäre Entwicklung in den revisionistischen Ländern Osteuropas in der vergangenen Woche erlebt. Nachdem die rumänische Regierung schon im März dieses Jahres den Benzinpreis um 40 Prozent, Ende Juli noch einmal um 21 Prozent angehoben hatte, beschloß sie jetzt über Nacht, an ausländische Touristen Benzin nur noch gegen westliche Devisen abzugeben.

Damit lagen Tausende von Urlaubern aus Jugoslawien und Ungarn, aus Polen, der DDR und der Tschechoslowakei buchstäblich auf der Straße. Wer nicht Westmark oder Dollars zücken konnte — und das war wohl nur bei wenigen der Fall —, dessen Tank blieb ungefüllt. Binnen kurzer Zeit bildeten sich an den Straßen Rumäniens Kolonnen gestrandeter Osturlauber, die darauf warten mußten, daß sie von ihren Regierungen mit Westdevisen ausgelöst wurden. Die brutalen Maßnahmen des rumänischen Regimes zeigen eindringlich, wie auch in den revisionistischen Ländern die Folgen der Krise rücksichtslos auf die Werktätigen abgewälzt werden.

Ähnliche Beispiele hatte es in den Wochen zuvor auch in den anderen Ländern Osteuropas gegeben. Gegenwärtig erleben sie eine beispiellose Teuerungswelle, deren Ende nicht abzusehen ist. Hier ein — allerdings nur unvollständiger — Überblick. In Rumänien wurden außer den Benzinpreisen auch die Preise für eine Reihe von Gütern des alltäglichen Bedarfs erhöht, darunter Waschmaschinen, Heizgeräte, Kinderkleidung und Glaswaren. Auch für eine Reihe von Lebensmitteln müssen die rumänischen Werktätigen in diesem Jahr tiefer in die Taschen greifen; Gemüse-, Obst- und Fischkonserven zum Beispiel wurden um 32,8 Prozent teurer.

In Bulgarien wurde schon im Mai der Benzinpreis auf jetzt umgerechnet 2,16 Mark verdoppelt, der Bezugspreis für Hausbrand wurde ebenfalls angehoben. Auch in Polen wurde das Benzin teurer. Nach einer Anhebung im Januar legte die Regierung in Warschau Ende Juli noch einmal 15 Prozent zu. In der Sowjetunion war der Benzinpreis schon im vergangenen Jahr um das Doppelte gestiegen. In diesem Sommer wurden eine Reihe anderer Preise angehoben, so für Möbel um 30 Prozent, für Autos um 18 Prozent; auch die Gaststättenpreise stiegen im Juni um 25 bis 45 Prozent.

Besonders hart betroffen von der inflationären Entwicklung sind die Werktätigen in der Tschechoslowakei und in Ungarn. Das Prager Regime verfügte im Juli eine Anhebung der Preise für Benzin, Gas und Strom um 50 Prozent und eine Verdoppelung des Heizölpreises. Ebenfalls teurer wurden die Post- und Telefongebühren sowie einige Gebrauchsgüter wie Kinderkleidung. Zu einem noch härteren Schlag holten die ungarischen Revisionisten aus. Sie zwangen den Werktätigen drastische Preiserhöhungen bei Lebensmitteln (bis zu 128 Prozent), bei den Heiz- und Stromkosten (durchschnittlich 30 Prozent) und bei anderen Waren auf. (Der RM berichtete in der letzten Ausgabe darüber).

All diese Tatsachen zeigen unwiderleglich, daß die kapitalistische Krise auch vor den revisionistischen Ländern nicht halt macht, daß dort wie bei uns die werktätigen Massen gezwungen werden, die Folgen dieser Krise, etwa in der Form von Preiserhöhungen, zu tragen. Die breite Teuerungswelle zerstört auch nachhaltig das revisionistische Lügengebäude, nach dem die von den Moskauer Sozialimperialisten beherrschten Länder sozialistische Staaten wären, die angeblich nur wachsenden Wohlstand für die Werktätigen kennen.

Wer treibt den Ölpreis in Osteuropa hoch?

Wer sich einmal die weitschweifigen Erklärungen durchliest, die jetzt von Regierungsstellen in Prag oder Budapest zu den drastischen Peiserhöhungen abgegeben werden, stellt eine verblüffende Ähnlichkeit mit den Verlautbarungen fest, wie man sie aus den Ministerien der westlichen Länder kennt.

Da klagt etwa das ZK der ungarischen Partei: „Fast alle wesentlichen Rohstoffe stiegen enorm und damit auch die Herstellungskosten unserer Industrieprodukte." Und weiter: „Der Energiebedarf steigt in Ungarn jährlich um zehn bis fünfzehn Prozent. Es gibt eine erfreuliche Mechanisierung der Haushalte, aber niemand macht sich Gedanken darüber, wie die Preise der Energieträger gestiegen sind und daß Sparsamkeit am Platze ist." Auch der tschechische Minister Sabolcik weist in einer Erklärung darauf hin, daß die Tschechoslowakei „beim entscheidenden Teil ihres Bedarfs an Rohstoffen, Brennstoffen und Energie auf Einfuhren angewiesen ist, wobei sich die Preise ständig erhöht haben."

Es geht also in erster Linie um die Energiekosten, um den gestiegenen Erdölpreis, der — wie es in einem Artikel der DKP-Zeitung UZ in lupenreiner kapitalistischer Logik heißt — „zum Teil oder ganz an die Verbraucherpreise weitergegeben werden muß." In allen Erklärungen der revisionistischen Regierungsstellen, wie auch in der Propaganda der DKP, fehlt jedoch auch nur der leiseste Hinweis darauf, wo denn die osteuropäischen Länder das so teuer gewordene Erdöl einkaufen. Ja, dem unbefangenen Leser muß es gerade so erscheinen, als seien die Länder des RGW den Machenschaften der westlichen Ölmultis ausgeliefert.

Die peinlich verschwiegene Wahrheit jedoch ist, daß alle RGW-Länder — mit Ausnahme Rumäniens — ihr Öl aus der Sowjetunion beziehen. Und mit schöner Regelmäßigkeit verteuern die Kremlherrn die Öllieferungen für ihre „sozialistischen Brüder", in diesem Jahr zum Beispiel um 16,7 Prozent (im vergangenen Jahr waren es 20 Prozent.) Die Revisionisten reden gerne von den „Auswirkungen des kapitalistischen Weltmarkts auf die sozialistische Wirtschaft", um die Krisenerscheinungen in Osteuropa zu begründen. In der Ölfrage jedoch zeigt sich deutlich, daß die Beziehungen innerhalb des Moskauer Lagers ebenfalls von kapitalistischen Gesetzen diktiert werden. Moskau berechnet den Ölpreis für die Vasallenstaaten nach dem Weltmarktpreis der jeweils letzten fünf Jahre. Die Folge davon ist natürlich, daß im gleichen Maß, wie der von den anglo-amerikanischen Ölmonopolen diktierte Weltmarktpreis explodiert, mit einer gewissen Verzögerung auch der von den revisionistischen Ländern an Moskau zu entrichtende Preis steigt.

Dazu kommt noch, daß die Kremlherren in den Verträgen mit den Ländern ihres Machtbereichs auch einseitig die jeweiligen Liefermengen festlegen. Diese Mengen reichen jedoch nicht aus, um den Bedarf der betreffenden Länder zu decken. Sie können dann in der Sowjetunion nachkaufen — allerdings zum vollen Weltmarktpreis und mit knappen westlichen Devisen.

Was zwingt also die Kremlherren, im eigenen Machtbereich nach den gleichen Methoden zu verfahren, wie sie auch von den westlichen Imperialisten angewandt werden? Es sind, wie man sieht, keine äußeren Zwänge; es ist ausschließlich die kapitalistische Profitgier der Sozialimperialisten, die auch vor der gnadenlosen Ausplünderung der „sozialistischen Brüder" nicht halt macht.

„Die Kosten der Solidarität"

UZ versucht, die Preiserhöhungen zu rechtfertigen

Die gewaltige Explosion der Verbraucherpreise in einigen Ländern Osteuropas hat auch die Führer der DKP aufgescheucht. Die Zwickmühle, in der sie stecken, ist offensichtlich. Einerseits agieren sie bei uns gegen Inflation und Preistreiberei, die sie ganz richtig zu Erscheinungen des kapitalistischen Systems erklären. Auf der anderen Seite preisen sie als Alternative zu diesem System die revisionistischen Länder Osteuropas, die als angeblich sozialistische Staaten keine Krise kennen würden:

Unter diesen Umständen ist es nicht verwunderlich, wenn die UZ, das Organ der DKP, jetzt in einer Reihe von Artikeln wahre Bocksprünge vollführt, um unter einen Hut zu bringen, was sich nicht vereinbaren läßt — die kapitalistische Krise und den Sozialismus. Ein Hubert Reichel ist dabei auf einen besonderen Dreh verfallen. Er hat einen besonders gewaltigen Kostenfaktor entdeckt, den die „sozialistischen Länder" im Interesse der ganzen Menschheit zu erbringen hätten: die internationale Solidarität. Das klingt dann so: „Die Anforderungen aus den Wirkungen des weltweiten Klassenkampfes, für die weitere Stärkung des Sozialismus und die antiimperialistische Solidarität haben ihren Preis. In Rubel, Forint, Lewa und Mark der DDR."

In diesem Zusammenhang wird dann werbewirksam auf die revolutionären Ereignisse im Iran und in Nicaragua verwiesen, die ja von der breiten Sympathie aller Völker begleitet waren. Und so unglaublich es auch klingt: Herr Reichel tut so, als hätten die Sowjetunion, Ungarn usw. diese revolutionären Erhebungen bezahlt, mit dem unvermeidlichen Ergebnis, daß die Völker dieser Länder jetzt mit Preiserhöhungen dafür gerade stehen müssen. Eine plumpere und unverschämtere „Argumentation" kann man sich wahrlich kaum denken. Bekanntlich haben nicht Breschnew, Kadar oder Honecker, sondern die Völker Irans und Nicaraguas ihre Tyrannen gestürzt. Und sie haben dafür einen hohen Blutzoll entrichten müssen. Die revisionistischen Länder dagegen haben nicht nur bis zum bitteren Ende das iranische Schahregime gestützt, unter anderem auch mit Waffen. Die sowjetischen Sozialimperialisten gehörten zudem zu den internationalen Ausbeutern des iranischen Volkes, die fast die gesamte Erdgasproduktion des Landes unter ihre Kontrolle gebracht hatten. Angesichts dieser Tatsachen ist es ein besonderer Zynismus, wenn jetzt die revisionistischen Schreiberlinge der UZ die Blutopfer des iranischen Volkes ins Feld führen, um die Preiserhöhungen in den revisionistischen Ländern zu „begründen".

Mit solchen durchsichtigen Konstruktionen unternehmen die Revisionisten einen verzweifelten Versuch, die wirklichen Ursachen der offenkundigen Krisenerscheinungen in Osteuropa zu vertuschen. Und diese Ursachen liegen nirgends anders als im gesellschaftlichen System der RGW-Länder. Dort ist von den revisionistischen Cliquen um Chruschtschow-Breschnew, Ulbricht-Honecker oder Kadar die sozialistische Staatsmacht zerschlagen und eine neue bürgerliche Ausbeuterordnung errichtet worden. Die kapitalistische Produktion dieser Länder dient nicht mehr dem Wohl der werktätigen Massen, sondern dem Profit einer neuen Bourgeoisie.

Bezeichnend für diese Länder genauso wie für die westlichen kapitalistischen Länder ist die Tatsache, daß immer größere Teile des Nationaleinkommens für unproduktive Zwecke verwendet werden: für die gewaltige Aufrüstung, für die kriegerischen Aggressionen Moskaus und seiner Vasallen in Afrika und Asien, für den Ausbau des inneren Unterdrückungsapparats und die Aufblähung des Bürokratenheeres, für das Luxusleben der herrschenden Klassen und ihrer Lakaien usw. In diesen Tatsachen sind die Faktoren zu suchen, die auch in Osteuropa die wirtschaftliche Krise ständig verschärfen. Und wie im Westen, so versuchen auch die Machthaber im Osten, durch Inflation, Preistreiberei, Steuererhöhungen usw. den breiten werktätigen Massen die Folgen der wachsenden Krise aufzubürden.

Angesichts der nackten Tatsachen, wie der jüngsten Preiserhöhungen, die Millionen von Werktätigen schwer belasten, zerstieben die hilflosen Rechtfertigungsversuche der Revisionisten, wird ihr Bankrott offensichtlich. Auch der erwähnte UZ-Schreiber Reichel vertraut offenbar nicht darauf, daß seine Theorie von den „Kosten der internationalen Solidarität" auch nur bei den Lesern seiner Zeitung besonders überzeugend wirkt. So geht er dann zum Schluß seines Artikels noch einmal „klassenmäßig" an die Sache heran und legt den grundsätzlichen Unterschied zwischen kapitalistischer und „sozialistischer" Preistreiberei dar. Auch dieses Musterstück revisionistischer Journalistik wollen wir unseren Lesern nicht vorenthalten.

„Der Systemunterschied wird besonders deutlich, wenn ein sozialistisches Land wie Ungarn zum Teil drastische Preiserhöhungen in Kraft setzt. Dies geschieht nach langer, gründlicher und öffentlicher Diskussion, in der klar wurde, daß die Produktivität von heute über den Konsum von morgen entscheidet und nicht umgekehrt. Und dies geschieht nicht zum Nutzen einer Handvoll Profiteure, sondern im Interesse einer stabilen Weiterentwicklung der sozialistischen Wirtschaft, die ihre Bewährungsprobe auch in diesem Land längst bestanden hat..."

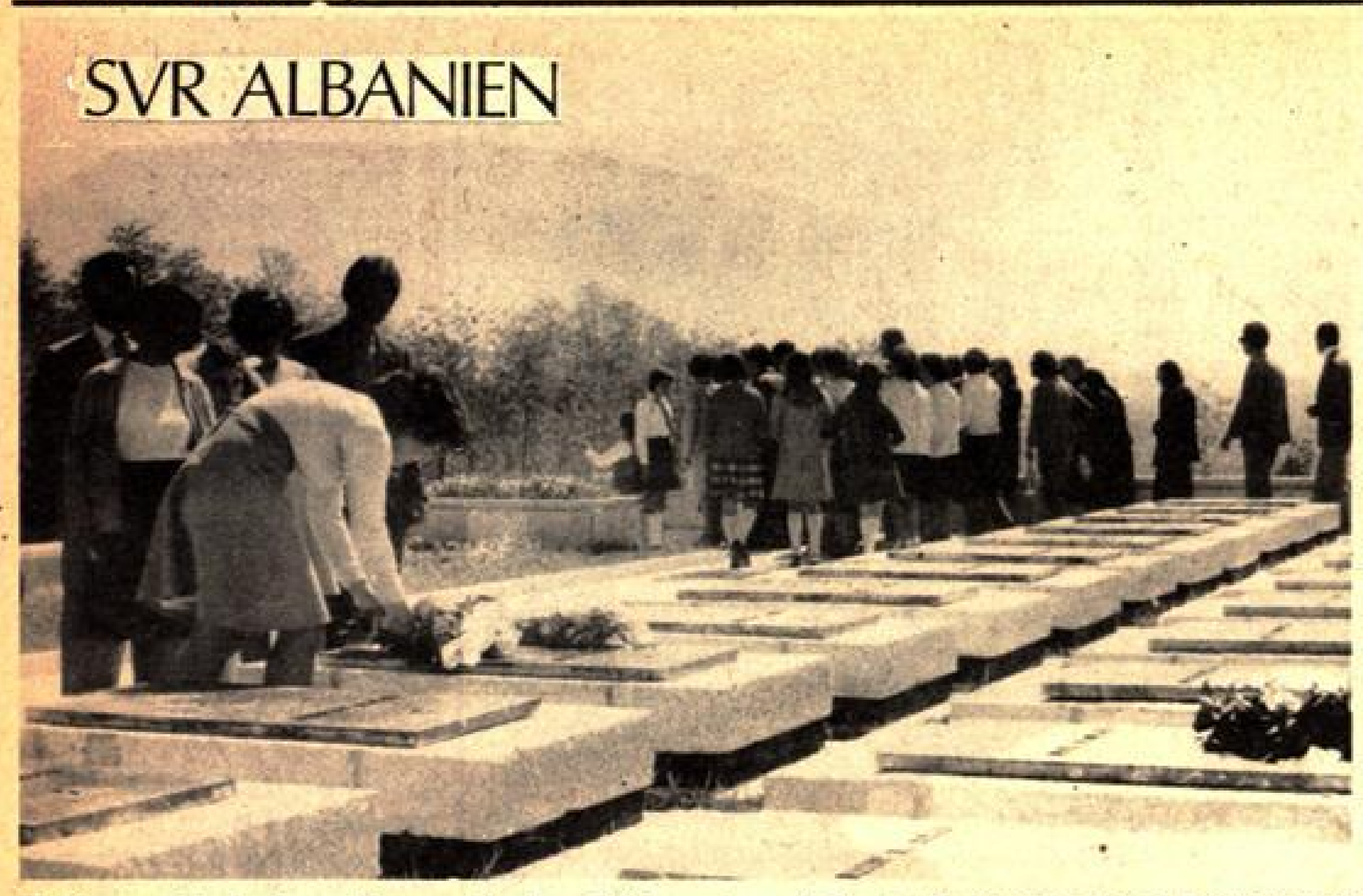
Was bleibt also? Der „Systemunterschied" wäre dann der, daß im einen Fall die Preistreiberei kapitalistischen Profiteuren, im anderen Fall den Massen der Werktätigen dient. Eines ist jedenfalls sicher: Die Werktätigen der RGW-Länder werden einer solchen revisionistischen Logik nicht folgen. Man sollte sich gerade jetzt daran erinnern, daß in Polen die Preistreiberei des Regimes nicht nur einmal mit breiten Massenkämpfen beantwortet wurde, wonach die schon verkündeten Preiserhöhungen wieder zurückgenommen werden mußten. Und Polen wird sicher kein Einzelfall bleiben.

Albanien: Stabile Währung, stabile Preise

Der albanische Lek hat seine Kaufkraft behalten. Bezeichnend ist die Tatsache, daß schon im Jahr 1963 die Finanzminister der RGW-Länder den Rubel mit 83,72 Lek statt wie früher mit 100 Lek berechnen mußten. Damit gestanden sie damals schon einen 16prozentigen Kursverfall des Rubels gegenüber dem Lek ein. In Albanien sind zudem die Preise völlig stabil. Im Laufe der letzten Jahrzehnte wurden sogar mehrere Preissenkungen bei verschiedenen Waren vorgenommen, während die Löhne und Gehälter stets kontinuierlich gestiegen sind. Zu der von der albanischen Regierung durchgeführten sozialistischen Preispolitik gehört neben anderem auch die Tatsache, daß bei lebenswichtigen Waren, die importiert werden müssen — etwa bei Medikamenten — die Weltmarktpreise eben nicht „an die Verbraucher weitergegeben", sondern daß diese Waren weit unter dem Einkaufspreis verkauft werden. Dazu gehört, daß an bestimmte Bevölkerungsgruppen, wie etwa die Bergbauern, einige Waren (zum Beispiel Düngemittel) erheblich billiger abgegeben werden, um den Unterschied zwischen Stadt und Land zu verringern usw.

Und wo hat diese Preispolitik ihre Grundlage? Nicht etwa in der Tatsache, daß Albanien ein besonders reiches Land wäre. Es ist ja im Gegenteil bekannt, daß der kleine Adriastaat vor der Befreiung das wirtschaftliche Schlußlicht in Europa war. Und natürlich hat die Volksrepublik auch heute noch einen schweren Kampf zu führen, zum Beispiel gegen die Einkreisung durch die kapitalistischen und revisionistischen Staaten, gegen die Sabotage der chinesischen Revisionisten usw. Wenn dieses kleine Land, das nicht die geringste Hilfe von außen bekommt, trotzdem keine der Krisenerscheinungen wie die Inflation kennt, dann ist es klar, daß die Ursache dafür allein in seiner Gesellschaftsordnung zu suchen ist.

In Albanien ist mit den alten Ausbeuterklassen auch das kapitalistische Eigentum beseitigt worden. Die Volksmacht in der Form der Diktatur des Proletariats hat heute alle wichtigen Produktionsmittel in der Hand und regelt so in zentralisierter Weise das gesamte Wirtschaftsleben nach einem einheitlichen Staatsplan. Und ihre ganze Tätigkeit auf wirtschaftlichem Gebiet ist eben nicht bestimmt von den Profitinteressen einer parasitären Ausbeuterklasse, sondern einzig von dem Ziel der Vermehrung des Wohlstands für die werktätigen Massen.



Partisanenfriedhof von Tirana. Die Angehörigen der gefallenen Partisanen legen Blumen auf die Gräber.

Der Tag der Partisanen

In der letzten Folge unserer Albanien-Reportage berichteten wir über eine Initiative von Schülern zur Untersuchung des Lebens der Partisanen. Diesmal geht es noch einmal um die Vorkämpfer des neuen Albaniens. Unser Redakteur schildert seine Erlebnisse beim Tag der Partisanen, der alljährlich in der Volksrepublik gefeiert wird.

Auf der Straße, die aus dem Zentrum Tiranas in die bewaldeten Hügel am Rande der Stadt führt, bewegt sich ein ununterbrochener Zug festlich gekleideter Menschen aufwärts. Es ist der 5. Mai, und in Albanien ist dieser Tag zum Gedenken der Partisanen gewidmet. Die Sonne steht an diesem Frühlingsmorgen schon heiß über den Hügeln. Dort oben auf der höchsten Spitze steht leuchtend weiß vor dem wolkenlosen Himmel das Denkmal der Mutter Albanien, eine hochgerechte Frauengestalt in wehenden Gewändern, Symbol der Befreiung des Vaterlands.

Zu Füßen des Monuments erstreckt sich der Partisanenfriedhof. Tausende drängen sich hier oben in dichten Trauben. Viele von ihnen halten Blumensträuße in der Hand, manche auch Kränze aus bunten Papierblumen. Eine Militärkapelle hat unter dem Denkmal Aufstellung genommen. Getragen und feierlich erklingen die Märsche und Lieder aus dem Befreiungskampf. Mitglieder der Partei- und Staatsführung sind gekommen. Jeweils zu zweit tragen sie Kränze zum Sockel des Denkmals. Einige ausländische Delegationen folgen ihnen nach.

Und dann bewegt sich der Zug von Tausenden Menschen über den Friedhof, an den langen Reihen der schlichten Marmorplatten entlang, unter denen die Gräber der Partisanen liegen. Und wenn die Familien, die heute hierher kamen, zum Grab ihres gefallenen Angehörigen gelangt sind, verharren sie für einige Zeit. Die Blumensträuße werden geöffnet, die einzelnen Blumen liebevoll über die Marmorplatte verteilt.

Der 5. Mai ist jedoch kein Tag der Trauer. Gewiß, man gedenkt der Toten, aber nicht mit Tränen, sondern mit Stolz. Sind sie doch nicht einem unerklärlichen Schicksalsschlag zum Opfer gefallen, sondern für eine große Sache gestorben, für die Befreiung des Volkes von Ausbeutung und Sklaverei. So kann man denn den 5. Mai durchaus einen Festtag nennen.

Die Familien der gefallenen Partisanen empfangen an diesem Tag viel Besuch. Es ist üblich geworden, daß Nachbarn, Kollegen und Bekannte am 5. Mai auf einen Sprung hereinkommen. Jedesmal gibt es dann einen kleinen Empfang mit Kognak, Obst und Süßigkeiten. Man sitzt für eine Weile zusammen, redet über die Vergangenheit, aber mehr noch über alle möglichen Ereignisse und Probleme der Gegenwart.

Auch ich habe am 5. Mai eine solche Familie besucht. Die Mutter, die in der für die alten Frauen typischen schwarzen Tracht auf dem Sofa sitzt, hat zwei Söhne im Befreiungskampf verloren, unmittelbar hintereinander im gleichen Jahr. Aber daß diese beiden in den Krieg zogen, ist nicht gegen den Willen der Mutter geschehen. Sie ist stolz gewesen auf ihre Partisanen-Kinder, und als die beiden Söhne im Kampf fielen, hat sie sich nicht dagegen gestellt, daß ihre anderen Söhne an die Stelle der Gefallenen getreten sind.

Während ich mich mit der Mutter unterhalte, kommen zwei ältere Männer ins Zimmer, die ebenfalls heute ihren Besuch machen. Sie sind auch Partisanen gewesen, sie kannten die Gefallenen gut, sie erinnern sich an immer neue Begebenheiten, um den Mut und den Kampfgeist der Toten zu beschreiben. Ebenso wie die Mutter sprechen sie dabei nur wenig über sich, die eigenen Taten bescheiden im Hintergrund haltend. Aber bezeichnend für die Moral dieser ganzen Generation, und nicht nur derjenigen, die Waffen trugen, ist die folgende Begebenheit, die ich über die alte Frau erfuhr.

Bei einer der barbarischen Schandtaten, die von den deutschen Faschisten gemeinhin als Strafexpedition bezeichnet wurden, hatten die Besatzer das Dorf der Alten in Brand gesetzt und das Feuer aus ihren schweren Waffen auf die Bauern eröffnet. Im letzten Augenblick konnte die Mutter sich und ihre Kinder in den Wald retten. Alles, was sie noch hatte mitnehmen können, war eine Decke. Auf der Flucht stießen sie auf eine Gruppe von Partisanen, die einen Verwundeten auf einem Maultier mit sich führten. „Hast du nicht etwas, was wir auf den Sattel legen könnten", fragten sie die Frau, „er hat solche Schmerzen beim Reiten." Und ohne einen Augenblick zu zögern, hat die Mutter den Partisanen ihre Decke gegeben.

Das Hauptgesprächsthema aber ist auch hier der Kampf gegen die Folgen des Erdbebens. Einer der Besucher hat schon die Modelle für die neuen Dörfer gesehen, deren Bau in Kürze beginnen soll. Er berichtet in allen Einzelheiten darüber, und es entspinnt sich eine lebhafte Diskussion. Und schließlich werden — wie sollte das bei einem Familienbesuch auch anders sein — Fotos herumgereicht. Die Aufnahmen, so sagt man mir, sind genau vor einem Jahr gemacht worden. Da hatte die Familie zum 5. Mai einen besonders geschätzten Besucher. Es war niemand anderes als Genosse Enver Hoxha, auch ein Nachbar, der sozusagen gleich um die Ecke wohnt.

„Das hätten sich unsere Eltern nie träumen lassen." Unter diesem Titel lesen Sie in der nächsten Ausgabe des RM eine Reportage über einen albanischen „Frauenbetrieb".



In Albanien ist es ein langjähriger Brauch, daß man am Tag der Partisanen Kollegen und Freunde Besuche in den Familien der gefallenen Partisanen machen. (Zweiter von rechts: der Verfasser der Albanien-Serie).

Kommunique des Exekutiv-Komitees der Kommunistischen Partei Spaniens/Marxisten-Leninisten

Zu den provokatorischen Attentaten des 29. Juli

Am vorletzten Wochenende detonierten kurz hintereinander drei Bomben in den Gepäckaufbewahrungen von zwei Bahnhöfen und auf dem Flugplatz von Madrid. Fünf Menschen wurden dabei auf der Stelle getötet, über hundert weitere zum Teil lebensgefährlich verletzt.

Die Verantwortung für dieses Blutbad übernahm wenig später der sogenannte politisch-militärische Flügel der baskischen Organisation ETA, der sich ETA(p-m) nennt. Unter den Werktätigen Spaniens hat dieses blutige Attentat große Empörung ausgelöst, für das spanische Regime ist es ein weiterer willkommener Anlaß für eine weitere Verschärfung des Terrors gegen die revolutionären Kräfte des Landes. Wir drucken im folgenden eine Erklärung ab, die unsere spanische Bruderpartei, die KP Spaniens/ML, zu dem Attentat von Madrid veröffentlicht hat.

Das Exekutiv-Komitee der Kommunistischen Partei Spaniens/Marxisten-Leninisten verurteilt entschieden die verbrecherischen Attentate, die am Sonntag, den 29. Juli, in Madrid auf den Bahnhöfen Chamartin und Atocha und auf dem Flughafen Barajas verübt wurden. Diese Attentate bedeuten, unabhängig davon, welche Kraft oder Gruppe sich dafür verantwortlich erklärt, und unabhängig von der Ideologie dieser Organisation, eine klare Provokation und ein Verbrechen gegenüber den Volksmassen von eindeutig faschistischem Zuschnitt. Es gibt kein einziges politisches Ziel im Interesse des Volkes, das eine solche Barbarei rechtfertigen könnte.

Wie es scheint (und der Presse gemäß), hat die ETA (politico-militar) sich dafür verantwortlich erklärt. Unsere Partei, die den Kampf des baskischen Volkes nicht nur unterstützt, sondern auch aktiv als proletarische Avantgarde der Völker Spaniens an ihm teilnimmt, um das wirkliche Selbstbestimmungsrecht für Euzkadi [das Baskenland] zu erreichen, hat immer die Idee vertreten, daß die Befreiung der Völker unbedingt ihr eigenes Werk sein muß und nicht von isolierten Minderheiten erreicht werden kann, die sich anmaßen, mit Hilfe terroristischer Methoden das ganze Volk zu repräsentieren. Letzten Endes wollen solche Anschläge verhindern, daß es die Volksmassen sind, die mit ihrer Vorhut, der Arbeiterklasse an der Spitze, durch ihren eigenen Kampf ihre Rechte und Freiheiten verwirklichen.

Wir stellen noch einmal fest, daß jene, die den Kampf des baskischen Volkes von dem der anderen Völker Spaniens trennen und ihm sich entgegenstellen, nicht nur unseren Völkern schaden, sondern zugleich das Spiel des Faschismus, der Reaktion und der Oligarchie spielen (die aus Basken, Kastilianern, Andalusiern usw. besteht). Das baskische Volk wird niemals frei sein, solange noch ein einziges Volk in Spanien von dem gemeinsamen Feind unterdrückt wird.

Solche Verbrechen, wie vom Sonntag, dem 29. in Madrid sind von derselben Art wie die Blutbäder in den Straßen Correos, Atocha, California 47, die alle aus trüben und dunklen Anlässen heraus angerichtet wurden.

Gleichzeitig verurteilen wir die zynische Haltung der Kollaborateure und Ja-Sager (wie der PNV [Nationale Baskische Partei], der PCE [revisionistische Partei] und der PSOE [sozialdemokratische Partei]), die solche Anschläge dazu benutzen, ihren schändlichen Verrat wie letztens bei dem sogenannten Statut von Guernica [mit dem angeblich die Selbstbestimmung von Euzkadi festgelegt wird] zu rechtfertigen.

Das Exekutivkomitee der Kommunistischen Partei Spaniens/Marxisten-Leninisten ruft die Völker Spaniens und insbesondere die Arbeiterklasse und die arme Bauernschaft angesichts dieser Serie von Attentaten der verschiedensten Erscheinungsformen, die aber immer gegen das Volk gerichtet sind, dazu auf, ihre Wachsamkeit zu erhöhen und eine breite antifaschistische republikanische Volksfront zu schmieden. Nur die breite antifaschistische republikanische Einheit und der Kampf der Völker Spaniens kann Faschismus und Reaktion zerschlagen.

Madrid, 30. Juli 1979

Exekutiv-Komitee der Kommunistischen Partei Spaniens/Marxisten-Leninisten

Erklärung der Revolutionären Kommunistischen Partei der Türkei — Aufbauorganisation

(Auszüge)

„Die ‚Maotsetungideen' sind antimarxistisch"

Liebe Genossen,

das Zentralkomitee der Revolutionären Kommunistischen Partei der Türkei — Aufbauorganisation (TDKP-IÖ) hat auf seiner Tagung vom 22. Mai 1979 einstimmig festgestellt, daß die „Maotsetungideen" eine eklektische Mischung sind, die aus einigen dem Marxismus-Leninismus entliehenen Ansichten und Formulierungen und aus kleinbürgerlichen, opportunistischen, revisionistischen und idealistischen Gedanken und Thesen aller Schattierungen besteht. Das Zentralkomitee hat diese Ideen als antimarxistisch verurteilt.

Vor acht Monaten haben wir damit begonnen, die „Maotsetungideen" im Lichte der unsterblichen Lehren von Marx, Engels, Lenin und Stalin zu studieren. Der Beschluß, der im Anschluß an dieses Studium und auf der Grundlage der Diskussion erfolgte, ist eine Fortsetzung des Kampfes gegen Revisionismus, Trotzkismus und Reformismus, den unserer Organisation seit vier Jahren geführt wird. In diesem Kampf stellt der Beschluß des Zentralkomitees eine wichtige Etappe dar...

Die unerschütterliche Einheit unserer Organisation auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus wird es gewährleisten, daß die Vorbereitungen für den Gründungskongreß unserer Partei noch schneller und sicherer vollendet werden.

Wir sind sicher, daß der Beschluß unseres Zentralkomitees die Einheit zwischen unseren Parteien unter dem Banner des proletarischen Internationalismus noch weiter verstärken wird.



Nur unter Führung der Arbeiterklasse kann der Kampf des baskischen Volkes Erfolg haben. (Bild: Antifaschistische Massendemonstration im Frühjahr dieses Jahres).

HÖRT RADIO TIRANA

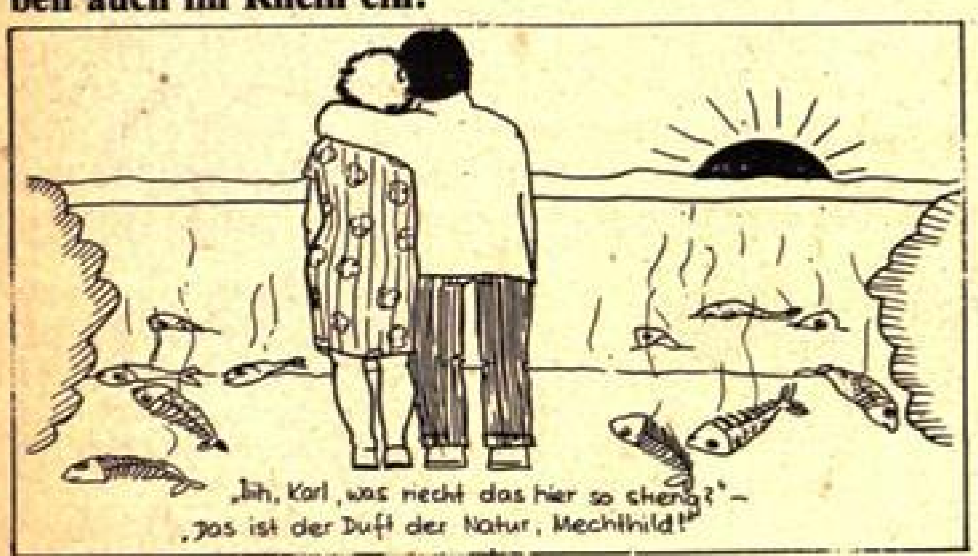
UHRZEIT	WELLENLÄNGE		
	1. Programm		
13.00-13.30	9350 kHz	32,08 m	KW
	7300 kHz	41,10 m	KW
14.30-15.00	9350 kHz	32,08 m	KW
	7300 kHz	41,10 m	KW
16.00-16.30	9350 kHz	32,08 m	KW
	7300 kHz	41,10 m	KW
18.00-18.30	9350 kHz	32,08 m	KW
	7300 kHz	41,10 m	KW
19.00-19.30	7300 kHz	41,10 m	KW
	5945 kHz	50,46 m	KW
19.00-19.30	1394 kHz	215 m	MW
	2. Programm		
21.30-22.00	7300 kHz	41,10 m	KW
	5945 kHz	50,46 m	KW
	1457 kHz	215 m	MW
23.00-23.30	7300 kHz	41,10 m	KW
	5945 kHz	50,46 m	KW
	1457 kHz	206 m	MW
06.00-06.30	7300 kHz	41,10 m	KW
	5945 kHz	50,46 m	KW
	1394 kHz	215 m	MW

Fischsterben in Frankfurt und Hamburg; Giftgas in Munster

Zur Verantwortung gezogen wird niemand

Ermittlungen gegen Unbekannt

Spaziergänger entdeckten es zuerst. Tausende von toten Fischen, Weißfisch, Rotauge und Barsch, trieben auf dem Main zwischen den Frankfurter Stadtteilen Nied und Höchst. Das war am 30. Juli. Wenige Tage später setzte das Massenfischsterben auch im Rhein ein.



Waren in den letzten Jahren des öfteren zahlreiche Fische wegen Sauerstoffmangel verendet, so war diesmal ein unverkennbarer „chemischer Geruch" deutlich zu spüren. Obwohl genau an dem Flußabschnitt, wo das erste Massensterben beobachtet wurde, die Farbwerke Höchst liegen, ermittelt Oberstaatsanwalt Henschel gegen Unbekannt, die Wasserschutzpolizei wurde von ihm zum Stillschweigen verpflichtet.

Am Mittwoch, den 1. August, ließ die Höchst AG in einer Presseerklärung durchblicken, daß „versehentlich" giftige Substanzen aus der Produktion für Pflanzenschutzmittel in den Main geleitet worden seien. Mittlerweile bewegen sich die hochgiftigen Substanzen rheinabwärts, vernichten weiter den Fischbestand des Stromes und bedrohen die Trinkwasserversorgung vieler Städte und Gemeinden.

Ein ähnlicher Skandal ereignete sich in Hamburg. Bereits am 23. Juli kam es zu einem Bruch in einem Kühlsystem des Chemiewerks Boehringer. Hochgiftiges Hexachlorcyclohexan (HCH) strömte in den Moorfleter Kanal, der mit der Elbe verbunden ist. Auch hier war ein Massenfischsterben die Folge.

Das Chemiewerk Boehringer hat sich bereits den traurigen Ruf eines professionellen Umweltvergifters erworben. Schon im März wurde festgestellt, daß Boehringer die Verseuchung des Grundwassers durch das HCH-haltige Pflanzenschutzmittel Lindan sowie das Seveso-Gift Tetrachlordibenzdioxin (TCDD) zu verantworten hat. Dies wiegt um so schwerer, als das Chemiewerk in unmittelbarer Nachbarschaft eines der größten Gemüseanbaugebiete der Bundesrepublik liegt. Die Gifte wurden bereits in Gras, Gemüse und Milch und auch bei Menschen nachgewiesen.

Auch in diesem Fall erweisen sich die zuständigen Behörden mehr als schwerfällig. Während die Frankfurter Staatsanwaltschaft emsig gegen Unbekannt ermittelt, wobei jeder weiß, wer der große Unbekannte ist, vertrösten die Hamburger Behörden die betroffenen Bauern auf ein Untersuchungsergebnis, das im Herbst (!) vorliegen wird.

Eine Bäurin, die sich auf HCH-Vergiftung hin untersuchen lassen wollte, wurde abgewiesen. Inzwischen haben die betroffenen Menschen eine Bürgerinitiative gebildet, um vereint gegen die lebensbedrohliche Gefahr, die tagtäglich von Boehringer droht, vorzugehen und um das Werk für die bereits entstandenen Schäden zur Rechenschaft zu ziehen.

Ein weiteres Beispiel für die verantwortungslose Haltung von Regierungs- und Verwaltungsstellen gegenüber der von gefährlichen Giften bedrohten Bevölkerung gibt es in Dethlingen bei Munster in der Lüneburger Heide. Dort sickert seit Jahren Arsen in Grundwasser. Nach Angaben des niedersächsischen Landwirtschaftsministeriums beträgt der höchste gemessene Wert 0,6 Milligramm Arsen auf ein Liter Grundwasser; damit ist das Vierfache der gesetzlichen Zulässigkeitsgrenze erreicht.

Was vor kurzem erst enthüllt wurde, der Landesregierung in Hannover aber schon seit 1971 bekannt ist; riesige Mengen des Giftgas „Gelbkreuz" und andere chemische Kampfstoffe lagern, in hochexplosive Granaten verpackt, im Boden. Ein Erbe des letzten Weltkrieges. Ein Gramm, fein zerstäubt, könnte eine ganze Kompanie außer Gefecht setzen. Bislang wurden 70 Tonnen ausgegraben. Das allerdings soll nur ein Bruchteil des gesamten im Boden lagernden Giftreservoirs sein.

Atombunker für Aachener Domschatz

Die Sache hat einen Haken

Die Bundesregierung hat „zur Bergung von Kulturgut im Bereich des Aachener Domes" einen Atomschutzbunker anlegen lassen, ohne Lebensmittelvorräte und sanitäre Anlagen, denn hier soll es um die Erhaltung von Sachwerten gehen.

Der Bunker, bei dessen Bau 530 Kubikmeter Beton und 52 Tonnen Stahl verbraucht wurden, ist etwa 100 Quadratmeter groß und drei Meter hoch. Er ist mit allen technischen Schikanen ausgerüstet. Die Notbeleuchtung kann elektrisch, durch Dieselaggregat oder auch von Hand betrieben werden. Außentemperaturen bis zu 300 Grad Celsius können auf Normaltemperatur abgesenkt werden. Wenn also die Atomstürme über Aachen fegen, der Domschatz wird der Nachwelt zweifellos erhalten bleiben.

Nichts gegen den Schutz von wichtigen Kulturdenkmälern, doch die Sache hat einen Haken. Solange nämlich die Menschen nicht mindestens genauso geschützt werden wie der Schatz, wird es dann niemanden mehr geben, der ihn bewundern kann. In Sachen Zivilschutz liegt die Bundesrepublik so ziemlich am Ende der europäischen Tabelle. Gerade für zwei Prozent der Bevölkerung ist atomsicherer Schutzraum vorhanden. So erweist sich die an sich begrüßenswerte Initiative der Bundesregierung im nachhinein als zynisch und menschenverachtend.



„Geschulte und gut geführte Verbände..., die taktisch, technisch und von der Motivation her qualifiziert sind, den Gegner schnell...auszuschalten..." (Aus einer Beschreibung über die Anti-Terror-Verbände des BGS). Die „Motivation" — der Haß gegen alles Linke — ist sicherlich der Grund, warum es soviele BGSler zu den Nazis zieht und umgekehrt.

BGS-Beamter legt Waffenlager an

Anführer einer neonazistischen Terror-Gruppe

Wieder einmal überlegt sich Niedersachsens Innenminister, wie man es am besten der Öffentlichkeit verkaufen kann, nämlich die kriegsmäßige Ausrüstung der Polizei. Er schwadroniert von Situationen, „die ohne den Einsatz von Maschinengewehren und Handgranaten nicht lösbar erscheinen und dennoch unterhalb der Schwelle des Einsatzes der Bundeswehr liegen". Dabei denkt er vor allem an Terroristen, die, im Hubschrauber sitzend, wild in der Gegend herumballern.

Während er und seine Amtskollegen in den anderen Bundesländern und auch in Bonn noch hin und her überlegen, wie das denn am besten zu machen sei, ist ein junger Grenzschutzbeamter im Landkreis Regen im Bayrischen Wald längst zur Tat geschritten.

Bei einer Hausdurchsuchung fand man bei ihm ein umfangreiches Waffenlager; sieben Langwaffen, drei Vorderladerrevolver, Gasmasken, Bajonette und Munition, zahlreiche Waffenteile und Magazine lagen bereit für den Ernstfall. Auch die dazugehörige Truppe war schon im Aufbau begriffen. Vier Neonazis folgten treu den Befehlen des Bundesgrenzschützers, der in Verbindung mit einer unlängst in München ausgehobenen elfköpfigen neonazistischen Terror-Gruppe stand, die übrigens von einem Unteroffizier geführt wurde. Die wiederum soll Verbindung zur NSDAP i.A. (im Ausland) gehabt haben. Kurz in Haft, befindet sich der Unteroffizier schon wieder auf freiem Fuß. Der übereifrige Grenzschützer muß erst mal in Untersuchungshaft, doch höchstwahrscheinlich auch nicht allzu lange.

Fast ist man geneigt zu sagen, der Mensch ist ein typisches Produkt seiner Umwelt geworden. Seine Umwelt, das ist die Bundesgrenzschutztruppe mit dem Bundesinnenminister an der Spitze. Und der ging mit gutem Beispiel voran, was die Gesetzestreue betrifft. Vom letzten Sommer ist uns noch in guter Erinnerung, wie Bundesgrenzschutzleute gesetzwidrig vom Innenministerium angehalten wurden, Zeitschriften von Urlaubsreisenden samt deren Pässen abzulichten, um die dadurch gewonnenen Erkenntnisse — per Amtshilfe, versteht sich — dem Bundesnachrichtendienst zukommen zu lassen.

Wer außerdem zu militantem Haß gegen alles Linke, gegen Demonstranten etc. erzogen wird, wer auf den Bürgerkriegseinsatz vorbereitet wird, den zieht es notwendigerweise zu den Nazis, die genau dieselben Ideale haben. Oder aber es zieht die Nazis zum Bundesgrenzschutz. Beides wird stimmen!



Sa, 11.8., 20.15 Uhr, West-Nord-Hessen III
... es war die Schönste auf der Welt, Begegnungen mit Lotte Lenya, der Ehefrau Kurt Weills; beide haben viel mit Brecht zusammengearbeitet.

Sa, 11.8., 22.05 Uhr, West-Nord-Hessen III
Ludwig van Beethoven, Sinfonie Nr. 7 A-Dur, op. 92

So, 12.8., 21.00 Uhr, Südwest III
Streng geheim! Unter dem Motto „der tödliche Schrekken" geht der Film auf den Versuch Hitlers ein, daß Kriegsglück durch die Entwicklung der V 2 noch einmal auf seine Seite zu ziehen.

Mo, 13.8., 20.20 Uhr, Südwest III
Deutsche Rüstungsindustrie der Film behandelt die Rolle der Rüstungsindustrie im Jahre 1939; bestimmt interessantes Tatsachenmaterial

Do, 16.8., 19.00 Uhr, West III
Die Tasmanier, Opfer des Kolonialismus (1); eine Dokumentation über die Skrupellosigkeit der britischen Kolonialherren; von 1803 bis 1876 rotteten sie die 4.000 Ureinwohner Tasmaniens fast vollständig aus.



Fr, 17.8., 21.40 Uhr, ARD
Ölgeschichten (1); vielleicht gibt es einige interessante Fakten über die „Multis"; im Programmhinweis heißt es: „Profitiert haben aber nicht nur die Ölscheichs."

Parteibüros der KPD/ML und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD/ML und der Roten Garde, Jugendorganisation der KPD/ML. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen.

ZENTRALKOMITEE DER KPD/ML, REDAKTION „ROTER MORGEN", 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231 / 433691 und 433692.

4800 **BIELEFELD** 1, Parteibüro der KPD/ML, Schildescher Str. 53, geöffnet: Mi 17-18, Do 17.00-18.30, Sa 10-12 Uhr.

4630 **BOCHUM**, Parteibüro der KPD/ML, Dorstener Str. 86, Tel.: 0234 / 51 15 37, geöffnet: Do 16.00-18.30 Uhr.

2800 **BREMEN** (Walle), Buchladen „Roter Morgen", Waller Heerstr. 70, Tel.: 0421/393888, geöffnet: Mo-Fr 17.00-18.00, Sa 10-12 Uhr.

6100 **DARMSTADT**, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Buchladen „Neue Zeit", Kasinostr. 55, geöffnet: Di, Do u. Fr 16.00-18.30, Mi 12.00-13.30, Sa 10-13 Uhr.

4600 **DORTMUND** 30 (Hörde), Parteibüro der KPD/ML, Wellinghofer Str. 103, Tel.:0231 / 43 36 91und 43 36 92, geöffnet: Mo-Fr 14-18, Sa 9-14 Uhr.

4100 **DUISBURG** 11 (Hamborn), Kontaktmöglichkeit zur Partei: „Bücherstube", Alleestr. 49, Tel.: 0203 / 55 06 23, geöffnet: Mo -Fr 16.00-18.30, Sa 9-14 Uhr.

2390 **FLENSBURG** (Duburg), Kontaktmöglichkeit zur Partei: Burgstr. 5, geöffnet: Sa 10-12 Uhr, Tel.: 0461 / 2 96 01.

6000 **FRANKFURT** (Bockenheim), Kontaktmöglichkeit zur Partei: Buchhandlung Richard Dröge, Kurfürstenplatz 34, Tel.: 0611 / 77 12 00, geöffnet: Mo-Fr 10-13.30 Uhr und 14.30—18.30 Uhr, Sa 9-13 Uhr

7800 **FREIBURG**, Parteibüro der KPD/ML, Klarastr. 29, geöffnet: Di u. Do 17-19, Sa 10-13 Uhr.

2000 **HAMBURG** 6, Buchladen „Roter Morgen", Schulterblatt 98, Tel.: 040 / 430 07 09, geöffnet: Mo-Fr 15.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.

3000 **HANNOVER**, Parteibüro der KPD/ML, Elisenstr. 20, Tel.: 0511/445162, geöffnet Sa 10 - 14 Uhr

7100 **HEILBRONN**, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Ernst-Thälmann-Keller, Holzstr. 12, geöffnet: Di 17-19 Uhr.

3500 **KASSEL**, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Arbeiterbuchladen „Klartext", Mittelgasse 9, Tel.: 0561 / 1 65 07, geöffnet: Mi-Fr 15.30-18.00, Sa 10-13 Uhr.

2300 **KIEL** 1, Buchhandlung Karen Ziemke, Gutenbergstr. 46, Tel.: 0431 / 56 77 02, geöffnet: Mo, Di, Do und Fr 9-13 u. 15-18, Mi 9-13, Do 9-13 u. 15.00-18.30, Sa 10-13 Uhr.

2400 **Lübeck**, Kontaktadresse der Partei: Carmen Hansen, Wickedestraße 19, Tel.: 0451/473870

6700 **LUDWIGSHAFEN** (Friesenheim), Buchhandlung „Neue Zeit", Ruthenstr. 1, Tel.: 0621 / 69 71 09, geöffnet: MoFr 15.30-18.30, Sa 9.30-13 Uhr.

8000 **MÜNCHEN** 5, Buchhandlung „Roter Morgen", Frauenhoferstraße 13, Tel.: 089 / 260 75 54, geöffnet: Mo-Fr 15.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.

8500 **NÜRNBERG**, Parteibüro der KPD/ML, Humboldtstr. 103, Tel.: 0911 / 43 80 43, geöffnet: Mi-Fr 17-19, Sa 10-14 Uhr.

7000 **STUTTGART** 1, Parteibüro der KPD/ML, Haußmannstr. 107, Tel.: 0711 / 43 23 88, geöffnet: Mo-Fr 16.30-18.30, Sa 9-13 Uhr

SEKTION WESTBERLIN, 1000 Westberlin 65 (Wedding), Buchladen „Roter Morgen" Sprengelstr. 40, Tel.: 030 / 465 39 66, geöffnet: Mo-Fr 15-18 Uhr, Sa 10-13 Uhr. 8 u. Sa 10-13 Uhr.